



Form erkennen, auf dem rechten Maasufer von Conserve ostwärts nach Hannes verlief. Der von unserer Obersten Heeresleitung im folgenden Tage bekanntgegebene Zweck des Angriffs war, eine tiefe und unebene Einwirkung des Feindes auf unsere Verbindungen im nördlichen Teile der Woerre zu bewirken. Der Erfolg des Angriffs war so durchschlagend, daß er schon am zweiten Tage über dieses Ziel hinaus, am vierten Tage aber bis in die nur etwa 7 Kilometer vom Festungssystem entfernte Linie Champneuville—Louvemont—Fort Douaumont führte. Das letzte genannte Festungssystem wurde von den unausfallig vorwärts räumenden Parteien erobert. Daraus schloß sich am folgenden Tage die Erfassung der fünf jenseits des Feindes ausgedehnten Festungsanlagen von Harbaumont, auf dem rechten Flügel die Vertreibung der Franzosen von der Côte de Talon. In diesen Kämpfen gelangten mehr als 15000 unverwundete Gefangene sowie 78 Geschütze und zahlreiches Material des Feindes in die Hände unserer siegreichen Truppen. Auch in der Woerre und im nördlichen Teile der Woerre gegen die auf der Ostseite von Verdun befindliche Verteidigungslinie der Franzosen zum Angriff gebrungen. Sie haben den Feind dort gleichfalls aus seinen Stellungen geworfen, ihn gegen die Côte de Lorraine in den letzten Tagen zurückgetrieben und den Fuß des Berges an einzelnen Stellen bereits erreicht.

Dem Angriff auf der Nordseite von Verdun mußte jedoch, nachdem er am 20. Februar bis in die vorher angegebene Linie gelangt war, seitens der Oberleitung zunächst Halt geboten werden. Man war in den Feuerbereich einer der stärksten Festungen gelangt, die von mindestens einer Armee verteidigt wurde und jeder Verhärterungen erhalten kann. Das Gewonnene zu sichern, die weiteren erfolgreichen Gegenangriffe des Feindes abzuwehren und Vorfürsorge für die durch fünfjährige schwere Kämpfe ermüdeten Truppen zu treffen, war die nächstliegende Aufgabe. Während dessen hatte die Oberleitung sich schlüssig zu machen, ob sie sich mit dem erzielten Erfolge begnügen sollte, oder wie er weiter auszunutzen sei. So nahe vor der Festung abwartend stehen zu bleiben, wird ihr nicht verlockend erscheinen sein, vor einer Festung, deren Besitz zweifellos begehrenswert ist, da er die Kriegslage sowohl in strategischer wie taktischer Hinsicht wesentlich verbessern würde. Aus demselben Grunde ist freilich anzunehmen, daß der Gegner alles aufwiehen wird, um die Festung zu besetzen. Es liegt auf der Hand, daß ein Angriff auf Verdun, zumal unter den unvorteilhaften Umständen, nicht mit so einfachen Mitteln und nicht so schnell zum Ziele führen kann, wie die meisten unserer Festungsangriffe in diesem Kriege, sondern daß es dazu gründlicher Vorbereitungen und schrittweisen Vorgehens bedürfen wird.

Andererseits dürfen wir mit Sicherheit annehmen, daß unsere bewährte Oberste Heeresleitung, wenn sie sich auch zunächst ein bestimmtes Ziel gesetzt hat, doch durch die jetzt eingetretene Lage nicht überrascht sein, sondern mit deren Möglichkeit, vielleicht sogar mit ihrer Wahrscheinlichkeit gerechnet und die ihr entsprechenden Vorbereitungen getroffen haben wird. Die jetzt eingetretene Kampflage widerspricht dieser Annahme nicht. Sie ist vielmehr unerlässlich zur Heranziehung des erforderlichen schweren Angriffsmaterials und zur Vorbereitung seines Gebrauchs. Schon die nächsten Tage werden uns vermutlich hierüber Gewißheit verschaffen.

Wenn hiernach der Angriff auf Verdun erfolgen sollte, so ist mit der Wahrscheinlichkeit zu rechnen, daß die Gegner die Gelegenheit zu einem Angriffserfolg großen Stills an anderer Stelle benutzen werden. Kleine Unternehmungen, die ihrerseits in diesen Tagen stattgefunden haben, sollten vielleicht bereits demselben Zweck dienen. Aber wenn jener Fall eintreten sollte, so dürfen wir uns dadurch um so weniger beunruhigen lassen, als auch unsere Heeresleitung ihn sicherlich im voraus ermogt und die Aufsicht hat, daß unsere Kräfte auch für ihn ausreichen.

### Der Wert französischer Nachrichten.

Amlich. Berlin, 6. März. (B. L. B.) Der amtliche Bericht der deutschen Obersten Heeresleitung sagt über die Kämpfe, die am 5. März bei Verdun stattgefunden haben, folgendes:

Weiderseits der Maas verstärkten die Franzosen ihre Artillerie-tätigkeit und griffen nach bedeutender Steigerung ihres Feuers das Dorf Douaumont und unsere anschließenden Linien an. Sie wurden, teilweise im Nahkampf, unter großen Verlusten zurückgeschlagen und verloren außerdem wieder über 1000 unwundete Gefangene.

Au der Zuberlässigkeit der amtlichen deutschen Verichterstattung zweifeln wohl auch die Franzosen nicht. Trotzdem oder vielleicht deshalb werden die deutschen Berichte dem französischen Volke vorkommen.

Anstatt dessen schildert der offizielle französische Nachrichtenendienst die gleichen Ereignisse in einem am 4. 3. von Lyon aus verbreiteten Rundschreiben, der für das französische Volk und die neutrale Welt bestimmt ist, der man auch die amtliche deutsche Verichterstattung fernhalten trachtet, mit folgenden Worten:

Das Bestreben der Deutschen, Verdun um jeden Preis erobern zu wollen, hat ihnen gestern wieder außergewöhnlich hohe Verluste gekostet. Die Presse stellt fest, daß sie 75000 Mann Verluste zu geben; dies gibt eine Idee ihrer tatsächlichen Verluste. Der feindliche Plan, welcher darin besteht, die im Norden der Stadt geschlagene Brücke zu erweitern, um den siegreichen Truppen den Durchgang zu gestatten, scheiterte gestern wiederum gänzlich. 3 bis 400 Meter vorläufigen Geländegewinns bilden das einzige Ergebnis der letzten Tage der Schlacht vor Verdun. Der „Petit Parisien“ schreibt: Was jetzt ist vom Feinde noch kein taktisches Resultat erzielt worden. Der Kampf wird fortgesetzt, es handelt sich tatsächlich um eine große Schlacht, in welcher wir erst einen schwachen Teil unserer Reserven eingesetzt haben. Dem „Matin“ zufolge ergeben sich wertvolle Feststellungen aus dem Verlauf des verflochtenen Tages. Erstens haben wir dem furchtbaren Feuer, das gegen unsere Werke gerichtet wurde, standgehalten, unter Berücksichtigung des wechselnden Vorgehens und Zurückweichens, das bei einem so heftigen Gefechte stattfindet. Wir haben unsere Linie behauptet, ohne zu wanken und ohne dem Feinde zu gestatten, gegen uns den geringsten Vorteil zu bewahren. Zweitens ist es undenkbar, daß die Deutschen gestern wiederum bedeutend höhere Verluste erlitten als wir. Auf den blutigen Schneefeldern der Höhen von Douaumont wurde die Elite ihrer Bataillone niedergemetelt. An gewissen Stellen befanden die Leichen sich so dicht nebeneinander, daß ihnen der Platz fehlte, um zu Boden zu sinken. So sind sie aufrecht stehend geblieben, eine grauliche Wälsung bildend.

Diese Darstellung überschreitet selbst das bisher üblich gewesene Maß der von dieser Stelle verbreiteten Lügen. Der 8. März war ein Schlächtag, an dem die wütenden Angriffe der Franzosen unter schwersten Verlusten und unter Einbuße von über tausend unwundeten Gefangenen zerbrachen, während die Deutschen planmäßig seinen Fuß gerührt und das Eroberte unter durchaus erträglichen Verlusten fest behauptet haben.

### Ein französischer Armeebefehl.

Berlin, 6. März. (B. L. B.) Folgender Befehl des Generals Pétain wurde bei einem Gefangenen des französischen Infanterieregiments Nr. 33 gefunden:

„Seit dem 21. Februar greift die Armee des Kronprinzen mit der äußersten Kraftanstrengung unsere Stellungen um Verdun an. Noch nie hat der Feind soviel Artillerie in Tätigkeit gesetzt, nie soviel Munition aufgewandt. Bereits hat er seine besten Armeekorps, die er seit mehreren Monaten sorgfältig

in Ruhe hielt, auf dem Schlachtfelde restlos eingesetzt. Er erneuert seine Infanterieangriffe ohne Rücksicht auf schwere Verluste. Alles beweist, welchen Wert Deutschland dieser Offensive beilegt, der ersten großen Stille, welche es seit über einem Jahre auf unserer Front versucht. Es bezieht sich, einen Erfolg herbeizuführen, welcher einen Krieg beendet, unter dem keine Bevölkerung mehr und mehr leidet. Die Träume einer Ausbreitung im Orient schwinden. Das Anwachsen der russischen und englischen Armeen ruft Beunruhigung hervor. Der Aufruf des Kaisers, den uns Ueberläufer gebracht haben, ist ein Zeugnis der wahren Ursachen dieses vergeblichen Angriffs. Unser Vaterland, hat er gesagt, ist zu diesem Angriffe gezwungen, aber unser eiserner Wille wird den Feind vernichten, daher befehle ich den Angriff.

Ihr eiserner Wille wird sich an unserer Standhaftigkeit brechen, wie in Lothringen, in der Picardie, im Artois, an der Mosel und in der Champagne, und schließlich werden wir sie bezwingen, und das Scheitern dieser verzweifelten Kraftanstrengung, bei der die besten Truppen, die ihnen noch blieben, sich vergeblich verbraucht haben werden, wird den Aufruf ihres Zusammenbruchs bedeuten. Ganz Frankreich blickt auf uns. Noch einmal erwartet es, daß jeder seine Pflicht bis zum Letzten tut. (Unterschrift.)

Der Kommandierende General der 2. Armee.  
Pétain.

### Zusatz des Regiments-Kommandeurs:

Diesem Erlaß des Generals Pétain, des ehemaligen Kommandeurs des 88. Regiments, hat der Oberst nur eines hinzuzufügen:

Das 88. Regiment wird sich seines ehemaligen Kommandeurs würdig erweisen, das 88. Regiment wird, wenn nötig, zu sterben wissen, aber weichen wird es niemals.

### Zusatz des Bataillons-Kommandeurs:

Dieser Befehl ist sofort den versammelten Kompagnien vorgelesen.

Die Ereignisse haben dem französischen 88. Infanterieregiment, an das der Befehl sich wendet, folgendes Schicksal begehrt:

Am 3. und 4. März kämpfte es um das Dorf Douaumont. An beiden Tagen erlitt es große Verluste, die Gefangenen zeigten bewundernde Stimmung. Logten über Führung und Verpflegung. Die Zahl der Gefangenen des Regiments erhöhte sich am 5. März auf 24 Offiziere und 874 Mann. Der anfeuernde Befehl des Armeeführers, der sich nicht scheut, mit einem natürlich nie erlassenen Aufbruch des Kaisers zu arbeiten, hat das Regiment also nicht zum Siege geführt.

### Der russische Heeresbericht.

Petersburg, 6. März. (B. L. B.) Amtlicher Bericht vom Sonntag. Westfront: In der Nähe von Jlast liegen wir gestern 14 Minen springen; um den Rest der Sprengtrichter entstand ein heftiger Kampf, sechs sind jetzt in unserem Besitz. Bei dem Kampf um einen Sprengtrichter drangen die Deutschen unter sehr schweren Verlusten in ein halbzerstörtes Blockhaus ein. In der Nacht zum 4. März gegen 8 Uhr griffen die Deutschen nach einhalbständiger Artillerievorbereitung das Dorf Biskowitsch südlich von Krashin, 12 Kilometer nordöstlich des Bahnhofs Baranowitsch an, wir warfen den Angreifer zurück. Auf der Front des Generals Zwanoff vernichteten unsere Kämpfer einige Posten, außerdem besetzten sie einen vorgeschobenen Graben bei Michalze, nordwestlich von Uscielego und schlugen drei Versuche des Feindes, den Graben wiederzugewinnen, zurück. Am Dnjester, in der Nähe von Samulzhn, liegen wir Minen springen, deren Explosion einen Teil der feindlichen Gräben zerstörte. Die Trichter in den vorgeschobenen Gräben sind von unseren Abteilungen besetzt. — Kaukasusfront: Die Verfolgung der Türken dauert an.

### Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 6. März. (B. L. B.) Amtlicher Bericht vom 5. März. Auf der ganzen Front ist nichts zu melden außer der Tätigkeit von Artillerie und von Patrouillen.

### Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 5. März, abends. (B. L. B.) Das Hauptquartier teilt mit: Von den verschiedenen Fronten ist keine Nachricht eingetroffen, die eine wichtige Veränderung meldet.

### Englischer Dampfer versenkt.

London, 6. März. (B. L. B.) Einer Lloyd-Meldung zufolge wurde der englische Dampfer „Rothsah“ (2007 Tonnen) versenkt, die Besatzung ist gerettet.

### Die Fahrten der „Möwe“.

In Albury sind am Freitag 18 Offiziere und Mannschaften der „Glan Ractabish“ angekommen, jenes Schiffes, das von der „Möwe“ ausgebracht und in Grund gebohrt worden ist. Wie die „Frankfurter Zeitung“ aus London meldet, erzählt der dritte Offizier der „Glan Ractabish“ u. a.: Der Kampf mit der „Möwe“ fand am Sonntag, den 16. Januar, statt. Die „Glan Ractabish“ fuhr ungefähr 100 Meilen südlich von Madras, als sie zwei Schiffe sah; das eine Schiff hatte ein Licht am Vordermast. Wir überholten es rasch. Um 5 Uhr 50 Minuten gab das Schiff ein Rotlichtsignal ab, und ich antwortete. Das Schiff fragte: Was für ein Schiff? Wir fragten zurück, mit was für einem Schiff wir es zu tun hätten und erhielten die Antwort: „Autbor“ von Liverpool. Darauf teilten auch wir unseren Namen mit. Plötzlich erhielten wir das Signal: Sofort stoppen, ich bin ein deutscher Kreuzer! Der Kapitän gab allen Maschinen Befehl, die größte Geschwindigkeit zu entwickeln. Ich signalisierte aber zurück, daß wir stoppen würden. Es war dies also ein Witz. Sobald das deutsche Schiff merkte, daß wir nicht hielten, eröffnete es das Feuer. Unsere Kanoniere erhielten Befehl, das Feuer zu erwidern, und nun begann der Kampf. Die erste Granate, die ankam, rief einen Ventilator herunter und tötete einen Leutnant. Die nächste Granate ging durch die Kabine des Steward und des zweiten Offiziers und zertrümmte überall an Deck umher. Ein weiterer Schuß war ein Treffer auf die Kommandobrücke. Eine Granate rief uns über die Köpfe hinweg, eine jedoch traf den Oberteil des Maschinenraums, tötete sieben Leutnanten und verwundete fünf. Dann traf eine Granate das Schiff unter der Wasserlinie. Jetzt gab der Kapitän Befehl, dem Feuer Einhalt zu tun und das Schiff zu stoppen. Sobald die Deutschen unsere Signale sahen, gaben sie Antwort und stellten das Feuer ein. Mit mehreren Begleitmannschaften kam ein deutscher Offizier an Bord. Kapitän Dübber erschien, und der Deutsche fragte, warum der Kapitän auf den deutschen Kreuzer ge feuert hätte. Der Kapitän erwiderte: Ich feuerte, um mein Schiff zu schützen. Wenn meine Regierung mir eine Kanone an Bord meines Schiffes stellt, so benutze ich sie auch, denn eine Kanone ist nicht zur Verzierung da. Die Deutschen stellten uns nun auf Deck in einer Reihe auf. Sie sagten, daß jeder, der eine Bewegung mache, erschossen würde. Nach einiger Zeit erhielten wir den Befehl, in die Boote zu gehen. Das Boot des zweiten Offiziers und mein Boot erhielten den Befehl, zum Begleitschiff der „Möwe“, der „Appam“, zu fahren, während der andere Schiffsoffizier und der Kapitän auf die „Möwe“ gebracht wurden. Am nächsten Tage nachmittags wurden die anderen gefangenen Mannschaften von der „Möwe“ auf die „Appam“ gebracht und wir selbst auf die „Möwe“. Ein Name war nicht an dem Kreuzer angebracht. Aber an Kaisers Geburtstag erschienen

die Deutschen in Gala mit dem Namen „Möwe“ auf den Höhen. Als wir von der „Appam“ fortzogen, verließen die Deutschen die „Corbridge“. Sie pirschten dann der „Möwe“ eine dunkelgelbe Farbe auf und nahmen noch andere Maßnahmen vor. Nach 24 Tagen wurde die „Wesburn“ gelapert. Das Mann von uns wurde auf die „Wesburn“ gebracht. Das Schiff stand unter Bewachung von acht Mann. Man hatte Bomben an dem Schiff angebracht, und als wir am 22. Februar in Teneriffa ankamen, wurde es gebohrt, daß wir alle in die Luft gesprengt würden, wenn wir uns rührten. „Wesburn“ fuhr von der Südseite her in den Hafen von Teneriffa ein, ein britischer Kreuzer kam von Norden. Bis wir am nächsten Tage auf die „Athena“ gebracht wurden, sahen wir, wie die „Wesburn“ von den Deutschen, die sie eine halbe Meile in die See hinausgebracht hatten, angefaßt des britischen Kreuzers vor Teneriffa versenkt wurde. (B. L. B.)

### Stone an Wilson.

New York, 4. März. (Durch Funkpruch vom Vertreter des B. L. B.) Der bereits veröffentlichte Brief des Präsidenten Wilson an den Senator Stone war die Antwort auf ein Schreiben, das Stone an Wilson gerichtet hatte und dessen Inhalt im Zusammenhang mit der Haltung, die der Senat inzwischen eingenommen hat, nicht ohne Interesse ist. Das Schreiben Stones hatte folgenden Wortlaut:

Seit der Unterredung, die am Montag zwischen Ihnen, Senator Kern, Herrn Flood und mir stattgefunden hat, bin ich häufig beunruhigt, als es seit langem der Fall gewesen ist. Ich habe mich nicht für ermächtigt gehalten, den Inhalt unserer Unterredung weiterzugeben, doch habe ich versucht, auf zahlreiche Anfragen hin meine Kollegen vertraulich auf die allgemeine Auffassung hinzuweisen, die ich von Ihrem Standpunkt genommen habe. Diese Auffassung Ihres Standpunktes habe ich im wesentlichen wie folgt, dargestellt: Daß Sie es sehr bedauern würden, wenn England Herrn Lansing's Vorschlag ablehnen sollte, der dahin geht, daß es seine Handelschiffe entwauffnet, und zwar unter der Voraussetzung, daß Deutschland und seine Verbündeten auf ein Handelschiff nicht mehr feuern werden, falls es, wenn dazu aufgefordert, befehle und nicht zu entkommen versucht, sowie daß die deutschen Kriegsschiffe nur das anerkannte Recht der Durchsuchung und Aufbringung ausüben und das aufgebrachte Schiff nicht zerstören, es sei denn unter Umständen, welche die Sicherheit der Passagiere und der Mannschaft als gefährdet erscheinen lassen. Sie seien ferner der Meinung, daß England und seine Alliierten, falls sie den Vorschlag ablehnen und auf der Bewaffnung ihrer Handelschiffe bestehen sollten, dazu unter dem Völkerrecht berechtigt seien. Sie seien weiterhin geneigt, bewaffnete Schiffe die Ausfahrt aus amerikanischen Häfen zu gestatten, könnten sich aber nicht mit dem Gedanken befassen, daß die amerikanische Regierung endgültige Schritte unternehme, um amerikanische Bürger an der Fahrt auf bewaffneten Handelschiffen zu hindern. Sie würden es ferner als ihre Pflicht betrachten, Deutschland streng verantwortlich dafür zu machen, falls ein deutsches Kriegsschiff auf ein bewaffnetes feindliches Handelschiff feuern sollte, auf dem amerikanische Bürger Passagiere sind.

Zahlreiche Mitglieder des Senats und des Repräsentantenhauses haben mich aufgesucht, um mit mir über diesen Gegenstand zu sprechen. Ich habe gemeint, daß die Mitglieder der beiden Häuser, die sich mit dieser ersten Frage zu befassen haben, berechtigt sind, die Lage, der wir uns gegenüber sehen, zu kennen.

Meiner Auffassung nach glaube ich Ihnen sagen zu sollen, daß die Mitglieder beider Häuser sehr besorgt und beunruhigt sind über das, was sie lesen und hören. Ich habe einige von ihnen sich dahin ausdrücken hören, daß manche Leute sagten, daß das sogenannte Programm der Vereinfachung (gemeint ist das amerikanische Rüstungsprogramm) schließlich doch gerade mit einer solchen Lage in gewissem Zusammenhang steht, der zu begegnen wir jetzt berufen sind. Ich habe allen, die mit mir gesprochen haben, geraten, ihre größte Ueberlegung zu bewahren und habe gesagt, daß diese ganze Angelegenheit noch immer Gegenstand diplomatischer Behandlung ist, daß Sie sich auf das Äußerste bemühen, einen friedlichen Ausgleich herbeizuführen, und daß der Kongreß in der Zwischenzeit es vermeiden sollte, eine diplomatische Angelegenheit durch irgend eine vorläufige oder mangelhafte erzwungene Maßnahme zu erschweren. Immerhin ist die Lage im Kongreß derart, daß sie die sorgfältig Wägen und Besonnenen mit tiefer Besorgnis erfüllt. Ich glaube es Ihnen schuldig zu sein, Ihnen dies zu sagen. Ich glaube, Sie verstehen den Standpunkt, den ich persönlich hinsichtlich dieses Gegenstandes einnehme. So tief ich es auch bedauern würde, entschieden anderer Meinung sein zu müssen als Sie, so kann mein Pflicht- und Verantwortungsgefühl es doch nicht überwinden, meine Zustimmung dazu zu geben, daß unsere Nation in den Strudel dieses Weltkrieges gestürzt wird, einerseits wegen der unbedingten Eigenwilligkeit irgendeiner der Mächte oder andererseits wegen der einer Art idealen Hoheitsverrat gegen die Republik gleichkommenen Narrheit unserer Bürger, die sinnlos ihr Leben auf bewaffneten Schiffen der Kriegführenden aufs Spiel setzen.

Ich kann mich nicht der Einsicht entziehen, daß eine solche Handlungsweise zu ungeheuerlich ist, um verteidigt werden zu können.

Ich wünsche, mit Ihnen zu gehen und Sie zu unterstützen, und ich beabsichtige, dies bis zur äußersten Grenze zu tun. Ich möchte mit Ihnen und Staatssekretär Lansing mit der größten Offenheit reden. Ich möchte mit Ihnen beraten, Ihr Urteil hören und Ihren Rat, und ich möchte über den Lauf der Ereignisse auf dem Laufenden gehalten werden, wozu ich berechtigt zu sein glaube. Inzwischen suche ich es zu verhindern, daß ein Senator oder Abgeordneter irgend etwas tut, was Ihre diplomatischen Verhandlungen erschweren könnte. Sie sollen bis zum letzten Augenblick frei sein, auf diplomatischem Wege so zu handeln, wie Sie es zur Erledigung der in Betracht kommenden Fragen für am besten halten. Meines Ansichts ist Ihnen zu helfen, nicht Sie zu hindern.

### Der Krieg in den deutschen Schutzgebieten.

Ueber die Kämpfe in den deutschen Schutzgebieten macht das Reichscolonialamt eine weitere (die siebente) Mitteilung. Ueber Ostafrika wird u. a. gesagt:

Ueber die Ereignisse an den Grenzen von Deutsch-Ostafrika in den letzten Monaten liegen nur spärliche Nachrichten vor. Diese stammen zudem aus feindlichen Quellen. Immerhin geht aus diesen Meldungen hervor, daß die Kämpfe sich auf außerdeutschem Gebiet und meist auch zu unsern Gunsten abgepielt haben. An einer Stelle allerdings wollen die Engländer in deutsches Gebiet eingedrungen sein; sie behaupten, den Longiberg ohne ernstlichen Widerstand zu finden und trotz schweren Regens besetzt zu haben.

Von sonstigen Unternehmungen an der Küste verlautet nichts. Im Nordostgrenzgebiet spielten sich, mit Ausnahme von zwei Einzelfällen am Longiberg, alle kriegerischen Ereignisse in dieser Gegend auf englischem Boden ab. Deutsche Abteilungen haben in der Richtung auf die Ugandabahn und deren Nebenreden erfolgreiche Vorstöße ausgeführt. Nach den neuesten Nachrichten hat sogar eine stärkere deutsche Truppe bis zur Ugandabahn bei Voi vordringen und sich dort festsetzen können. Wie bereits früher erwähnt, haben die Engländer eine von Voi an der Ugandabahn abzweigende Bahn in Richtung Ma-

Jolan-Tabela in Bau genommen. Diese Bahn ist wiederholt von Abteilungen der deutschen Schutztruppe angegriffen worden. Anscheinend hat sich nach vorwärts Luft zu machen, hatten die Engländer bereits im Juli v. J. mit stärkeren Kräften einen Vorstoß in Richtung Tabela unternommen, der jedoch bei Nuhuni am 14. Juli mit einer empfindlichen Niederlage für sie endete. In letzter Zeit war es ihnen nur gelungen, sich etwas weiter vorzuschieben, Nuhuni zu besetzen und den Westrand der Serengejstieppe zu erreichen, wofür sie angeblich eine dort stehende kleine deutsche Abteilung vertrieben. Gleichzeitig melden sie, daß die Smetahaba die Serengej erreicht habe und daß es trotz des herrschenden starken Regens gelungen sei, den Longidoberg (nordwestlich des Kilimandscharo), ohne starken Widerstand zu finden, zu besetzen. Aber ebenso wie der Angriff am 14. Juli v. J. bei Nuhuni scheint auch dieser erneute Vorstoß etwa einen Tagemarsch südlich Tabela, vollkommen und unter schweren Verlusten gescheitert zu sein.

Erfreuliche Aufmerksamkeit verdienen die Ereignisse, die sich in jüngster Zeit auf dem Tanganjikasee abgespielt und höchstwahrscheinlich zu dem Verlust unseres kurz nach Kriegsausbruch dorthin gebrachten kleinen Dampfers „Kigani“ geführt haben. Neuter teilt mit, daß die Engländer besonders konstruierte und bemastete Schiffe aus England nach dem Tanganjika befördert hätten, die jetzt dort eingetroffen seien und die Operationen der englischen Truppen unterstützen sollen. Es soll dabei zwischen dem kleinen deutschen Dampfer „Kigani“ und zwei englischen Motorbooten zu einem Gefecht gekommen sein, wobei „Kigani“ außer Gefecht gesetzt worden und in Feindeshand gefallen sei. Wahrscheinlich befand sich „Kigani“ auf einer Patrouillenfahrt und wurde von den schnellfahrenden und modern bewaffneten Motorbooten überfallen.

Von amtlicher deutscher Seite erfahren wir noch nachträglich, daß die Abteilung des Leutnants der Reserve Wabbe Ende Juni vorigen Jahres bei der Form Jerichs mehrere erfolgreiche Besuche hatte, in denen der Gegner 5 Europäer und über 4 Ksari an Toten verlor, während auf deutscher Seite Unteroffizier Ronich und ein Ksari fiel, drei Europäer leicht verwundet wurden. — Wir hatten schon in der 6. Mitteilung darauf hingewiesen, daß England sich die Rithilfe der südafrikanischen Union in größerem Maße gesichert habe. Die hohen Truppengahnen jedoch, die anfangs genannt wurden, sind ganz erheblich zurückgegangen; die Anwerbungen scheinen nicht in dem gewünschten Maße gelungen zu sein. Immerhin ist jetzt die 2. Britische Brigade oder wenigstens ein Teil derselben in Britisch-Ostafrika eingetroffen (die 1. Brigade befindet sich in Ägypten), und wir haben gehört, daß sie in dem Gefecht am Saltshügel zum ersten Male gegen unsere Schutztruppe gekämpft hat, geschlagen wurde und 130 Mann verlor. Eine 3. Brigade soll zurzeit aufgestellt werden, und bereits früher sind einzelne Abteilungen südafrikanischer Truppen teils nach Britisch-Ostafrika, teils nach Nordostafrika geschickt worden.

### Die neue englische Anleihe in Amerika.

London, 6. März. (Z. U.) „Daily Telegraph“ meldet aus New York: Hier werden alle Vorbereitungen für eine neue große englische Anleihe getroffen.

### Fabriken unter Staatskontrolle.

London, 6. März. (Z. U.) Der Munitionsminister teilt mit, daß auf Grund der Munitionsakte 218 weitere Fabriken der Staatskontrolle unterworfen worden sind. Bis zum heutigen Tage beträgt die Gesamtzahl der Fabriken 3270.

### Die britischen Sozialisten für die Wiedervereinigung der Internationale.

Das Exekutivkomitee der Britischen Sozialistischen Partei hat an das Exekutivkomitee des Internationalen Sozialistischen Bureau folgendes Schreiben gerichtet:

Liebe Kameraden! Dem Exekutivkomitee der Britischen Sozialistischen Partei hat ihr vom Dezember datierter Brief vorgelegen, der eine Abschrift eines Schreibens enthielt, das von den Vereinigten Kommissionen der sozialdemokratischen Organisationen von Norwegen, Schweden und Dänemark an das Internationale Sozialistische Bureau gerichtet war und die Hoffnung ausdrückte, daß jedes Mittel angewendet werde, um dem Krieg ein Ende zu machen und einen dauernden Frieden zu sichern, und den Wunsch auszudrücken, daß das Bureau sich jetzt bemühen sollte, die verschiedenen Sektionen der Internationale wieder zu vereinen in einer Konferenz, in der vorbereitende Arbeit für den Frieden geleistet werden könne.

Ebenso wie die skandinavischen Parteien wünscht die Britische Sozialistische Partei zu sehen, daß die Demokratie aller Länder sich vorbereiten, um an den Verhandlungen für einen Friedensvertrag teilzunehmen auf der Basis des allgemein angenommenen Programms, das von dem Internationalen Sozialistischen Kongress in Kopenhagen 1910 aufgestellt und seitdem von der Konferenz der allerersten Sozialisten in London im Februar 1915 und von der österreichisch-deutschen sozialdemokratischen Konferenz in Wien im vergangenen April bekräftigt worden ist.

Die Britische Sozialistische Partei erklärt, daß es keine unüberwindlichen Schwierigkeiten auf dem Wege der unmittelbaren Wiedervereinigung der Internationale geben kann und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Bureaugeleitete tätige Schritte ergreifen werde, um die Vertreter der verschiedenen nationalen Sektionen zusammenzurufen, zu dem Zweck, eine gemeinsame und gleichzeitige Anstrengung zu vereinbaren, um die Resolutionen der Internationalen Sozialistischen Kongresse in die Wirklichkeit umzusetzen.

#### Mit brüderlichen Grüßen

Im Auftrage des Exekutivkomitees der Britischen Sozialistischen Partei gez. Albert Julpin, Sekretär.

Alle Parteien bis auf die französische haben nunmehr ihren Wunsch nach dem Zusammenritt des Internationalen Sozialistischen Bureau geäußert. Man sollte annehmen, daß auch die französische Genossen allmählich ihren Widerstand aufgeben müßten, um so mehr als auch in Frankreich eine starke Minorität dringend auf der Wiedervereinigung der Internationale besteht.

### Zensurmaßnahme in Paris.

Paris, 6. März. (Z. U.) Gavas. „Homme enchaîné“ wurde heute früh beschlagnahmt. Das Blatt darf acht Tage lang nicht erscheinen.

### Die italienische Anleihe.

Bern, 6. März. (Z. U.) Hier wird bekannt, daß das wirkliche Ergebnis der dritten italienischen Nationalanleihe siebzehnhundert Millionen Voreinzahlungen sind. Da die italienischen Kriegskosten zurzeit monatlich zifa 650 Millionen Lire betragen, decken die neuen Mittel also knapp den Bedarf von zwei Monaten. Bekanntlich müßte die Zahlungsfrist der Anleihe von ursprünglich 4 Wochen auf 7 Wochen verlängert werden, um ein einigermaßen günstiges Ergebnis zu erreichen. Die Anleihe hat also kaum mehr neues Geld gebracht, als während ihrer Zeichnung durch den Krieg verbraucht wurde.

### Liberaler Pessimismus.

Einen interessanten Einblick in die Stimmungen und Erwartungen der russischen Liberalen gewährt ein Artikel, den der bekannte liberale Politiker A. Schingarew, der als Vertreter der Arbeiterpartei in der Budgetkommission auch in der Duma eine führende Rolle spielt, am Tage der Dumaeröffnung in den „Kustja Bedo-

moski“ veröffentlichte. Die Politik der Regierung kennzeichnet er mit folgenden Worten:

„Routine, Inverantwortlichkeit, Unfähigkeit und Unwirksamkeit werden nach wie vor von den Trägern der russischen Reaktion als die sichersten „Grundlagen“ des russischen Staates beschützt. Das Geipens der „inneren Feinde“ scheint dieser Reaktion fürchtbarer als jeder äußere Feind, und die Sicherheit des alten Regimes ist für sie wichtiger als die Sicherheit des Staates.“

Der Krieg, schreibt Schingarew, hat in diesem System der inneren Verwaltung nichts geändert. Es kamen und gingen die Personen, die zufällig an die Spitze dieses oder jenes Ressorts gestellt wurden, aber in ihrer Haltung gegenüber den „gesellschaftlichen Kräften“ blieb die Regierung sich treu. Monatelang mühten die gesetzgebenden Institutionen sich; offene Feindseligkeit ihnen gegenüber wechselte ab mit offiziellem Wohlwollen, das de facto nichts wesentlich änderte.

„Der Beginn der Session — fährt Schingarew fort — trägt diesen zuletzt erwähnten Anstrich. Jeder Vertreter eines Ressorts in den kürzlich stattgefundenen Beratungen der Budgetkommission leitete seine Ausführungen mit dem Ausdruck seines Wohlwollens ein. Aber merkwürdigerweise liegen dieselben Leute, die der Duma ihr Wohlwollen kund taten, nachdem sie das Laurische Palais (die Duma) verließen und sich im Marienpalais (Reichsrat) versammelten, ganz andere Äußerungen laut werden und andere Maßnahmen erwarten.“

Es ist anzunehmen, daß auch der neue Ministerpräsident die Gelegenheit nicht vorbegehen lassen wird, von der Tribüne der Reichsduma aus seinerseits sein höchstes Wohlwollen zum Ausdruck zu bringen. Leider findet vorläufig die reale Verwirklichung dieser Absichten nicht nur keine Verfestigung, es sind vielmehr direkt entgegengesetzte Hinweise auf den möglichen Ausgang der beginnenden Session vorhanden.

Die Session verspricht kaum Freude und Aufrichtigkeit, und auf den Ausdruck des „wirklichen Tages“ der Volkvertretung zu hoffen, ist kein Grund vorhanden. Dieser Tag bricht sicherlich an, er kommt trotz alledem, dieser ersehnte Tag der Befreiung Rußlands vom reaktionären Sumpf. Aber nur nicht jetzt.“

Von besonderem Selbstvertrauen und Kampfesmut zeugt diese Äußerung des führenden liberalen Politikers nicht. Es ist die innere Gebundenheit der liberalen Politik (die nicht immer nur von Liberalen betrieben wird), die sie selbst dann, wenn sie sich auch im Kriege zur offenen Opposition gegen die Regierung gedrängt sieht, infolge ihrer Interessiertheit am Kriege und ihrer Furcht vor der „Unterwelt“, zur Tatenlosigkeit und Resignation verdammt.

### Deutschland und Japan.

Berlin, 6. März. (Z. U.) Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Verschiedentlich ist verbreitet worden, der Bruch zwischen Deutschland und Japan hätte von deutscher Seite vermieden werden können. Die deutsche Regierung habe Gelegenheiten zu einer Verständigung mit Japan veräumt. Japan habe während der letzten Jahre eine politische Annäherung an Deutschland gesucht und sogar noch kurz vor Kriegsausbruch zu einer friedlichen Auseinandersetzung wegen Kiautschou die Hand geboten. Die deutsche Regierung aber sei so verblindet gewesen, alle Angebote und Annäherungsversuche, die u. a. in der Form eines Anleihegeschäftes an sie herangetreten seien, zurückzuweisen.

Diese Erzählungen sind mäßige Erfindungen, die jeder tatsächlichen Grundlage entbehren. Wir sind ermächtigt, festzustellen, daß die japanische Regierung niemals und in keiner Form an Deutschland mit Anregungen der behaupteten Art herangetreten ist. Was insbesondere die Zeit kurz vor dem Bruch mit Japan betrifft, hat das japanische Kabinett mit dem damaligen Minister der auswärtigen Angelegenheiten Baron Kato nicht nur keine Verständigungsvorschläge gemacht, sondern jede Verhandlung abgelehnt.

### Politische Uebersicht.

#### Bergarbeiterfragen.

Zum Etat der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung, den das Abgeordnetehaus am Montag in zweiter Lesung beriet, hatten die Sozialdemokraten eine Reihe von Anträgen eingebracht, die sich auf einen Schutz der jugendlichen Arbeiter und der Frauen in Bergwerksbetrieben bezogen. Nach eingehender Debatte, in der Genosse Hue an der Hand eines reichhaltigen Materials die Lage der Bergarbeiter eingehend beleuchtete und zwischen dem angeblich so geringen Einkommen der Arbeiter und den tatsächlich erzielten Unternehmergewinnen einen treffenden Vergleich zog, wurde der erste Antrag, der die Regierung ersucht, die von den Bergbehörden seit Beginn des Krieges zugelassene Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in Bergwerksbetrieben unter Lage sofort aufzuheben, gegen die Stimmen unserer Genossen abgelehnt. Auch ein fortschrittlicher Antrag, der sich mit alsbaldigen Ermäßigungen darüber begnügt, ob die Zulassung jugendlicher Arbeiter zu Untertagsarbeiten nicht noch vor Beendigung des Krieges wieder rückgängig gemacht werden kann, fand keine Gnade vor den Augen der Mehrheit, für ihn stimmten nur Fortschrittler, Sozialdemokraten und einige Zentrumsleute. Dagegen wurden die beiden anderen sozialdemokratischen Anträge gegen die Stimmen der Konservativen und Freikonserverativen angenommen; sie erfordern die Regierung 1. die Beschäftigung in eisblücher und jugendlicher Arbeiter in Berg- und Hüttenwerken mit Arbeiten, die die Kräfte dieser Arbeiter übersteigen und sich besonders für weibliche Arbeiter nicht eignen, zu untersagen, 2. die Beschäftigung weiblicher und jugendlicher Arbeiter in Berg- und Hüttenbetrieben überhaupt nur dann zuzulassen, wenn vorher die erforderlichen Bedingungen für den Schutz der Gesundheit und Sittlichkeit dieser Arbeiter erfüllt sind.

Charakteristisch war das Verhalten der konservativen Parteien, die zwar grundsätzlich nichts gegen die Anträge einzubringen hatten, aber nur deshalb dagegen stimmten, weil der Minister vorher zugesagt hatte, im Sinne der Anträge zu verfahren, und eine Annahme den Eindruck machen könnte, als glaube man den Worten der Regierung nicht. Ganz abgesehen davon, daß gerade die Konservativen in letzter Zeit wiederholt der Regierung ihr Mißtrauen in mehr oder minder verdeckter Form kundgetan haben, würde es, wenn solche Auffassung allgemein würde, mit dem Parlamentarismus überhaupt zu Ende sein. Man wird aber wohl nicht sehr gehen in der Annahme, daß die Konservativen tatsächlich von einem Bergarbeiterschutz nichts wissen wollen und daß sie deshalb gegen die Anträge gestimmt hatten.

Vorher hatte das Haus in zweiter Lesung die Novelle zum Knappschafstriebsgesetz nach den Beschläffen der Kommission und in Verbindung mit der Resolution auf Verschmelzung der Knappschafstvereine angenommen.

Am Dienstag soll der Etat der Landwirtschaftlichen Verwaltung beraten werden.

### Zum Tabaksteuerentwurf.

Der vor einigen Tagen veröffentlichte Entwurf des neuen Tabaksteuergesetzes enthält die Bestimmung, daß für die vom 1. März 1916 bis zum Inkrafttreten des Gesetzes eingeführten Zigarren und Zigaretten eine Nachverzollung verfohlen wird. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ wird nun amtlich ermächtigt, darauf aufmerksam zu machen, daß nach der Absicht des Entwurfs durch diese Vorschrift nur eine über den regelmäßigen Bedarf hinausgehende Vorrat einführung verhindert werden soll.

Falls der Reichstag den Nachverzollungsvorschriften des Entwurfs zustimmt, ist daher in Aussicht genommen, auf Grund der in Artikel IV Ziffer 4 des Entwurfs vorgesehenen Ermächtigung in der Nachverzollungsordnung zu bestimmen, daß eine Nachverzollung ausländischer Zigarren und Zigaretten nicht stattfindet, soweit die in der Zeit vom 1. März d. J. bis zum Inkrafttreten des Gesetzes von dem einzelnen Händler verzollten Mengen die Gewichtsmenge nicht übersteigen, die nach dem Tagesdurchschnitt der im Jahre 1915 von ihm verzollten Gewichtsmengen sich für die Gesamtzahl der Tage vom 1. März 1916 bis zu dem Inkrafttreten des Gesetzes berechnet.“

Der Reichstag wird hoffentlich nicht nur die unmögliche Bestimmung der Nachverzollung, sondern den ganzen Gesetzentwurf ablehnen.

### Wie die Fleischpreise steigen.

Ein anschauliches Beispiel für die erklärende Steigerung der Fleischpreise bietet die nachstehende Zusammenstellung der Höchstpreise für Schweinefleisch, wie sie sich aus den Bestimmungen des Rates der Stadt Leipzig vom 20. November 1915 und 4. März 1916 ergibt. Zwischen beiden Verordnungen ist noch je eine am 2. Februar und am 14. Januar erlassene, die natürlich jedesmal Preis erhöhungen brachte. Die niedrigsten und die höchsten Preise der einzelnen Sorten pro Pfund gestalten sich danach wie folgt:

	20. Nov. 1915:	4. März 1916:
Vende und Schmelz . . . . .	1,45 M.	2,40 M.
Bauch . . . . .	1,85 „	1,90 „
Keule . . . . .	1,45 „	2,10 „
Schwanzfleisch . . . . .	1,70 „	2,20 „
frischer Speck . . . . .	1,85 „	2,10 „
Böckfleisch . . . . .	1,45 „	1,90—2,40
Schinken, ausgeh., ungeschl.	2,40 „	3,20 „
Schinken, geschl., ausgeh.	2,60 „	3,40 „
Blutwurst II. Sorte . . . . .	1,60 „	1,80 „
Leberwurst II. Sorte . . . . .	1,50 „	1,80 „
Mettwurst . . . . .	2,00 „	2,60 „
Knackwurst . . . . .	1,80 „	2,60 „
Herzblutwurst . . . . .	2,50 „	3,00 „
Bratwurst . . . . .	1,70 „	2,20 „
Preßkopf . . . . .	1,50 „	2,00 „
Schmalzwurst . . . . .	1,00 „	1,50 „
Würstfett . . . . .	1,50 „	1,80 „

Ganz abgesehen von den Preisen vor Kriegsbeginn zeigen die angeführten Zahlen Steigerungen von 50—65 Proz., und das in einer Zeit von dreieinhalb Monat. Wenn das Spiel mit den Höchstpreisen in derselben Steigerung weiter geht, werden die Leute bald zu zählen sein, die sich noch ein Stückchen Fleisch leisten können.

Auch eine Verteuerung der Milch hat der Rat der Stadt Leipzig angeordnet. Statt bisher 28 Pf. kostet Vollmilch 29 Pf. bei Abholung in der Verkaufsstelle und 30 Pf. frei Haus. Begründet wird diese Erhöhung mit der Preiserhöhung für Milch in der Nachbarstadt Halle, die die Milchproduzenten veranlassen könnte, Leipzig zu meiden. Statt also gemeinschaftlich gegen die Verteuerung der wichtigsten Lebensmittel vorzugehen, treiben die Städte sich gegenseitig die Preise in die Höhe.

### Letzte Nachrichten.

#### Der Zeppelinangriff auf Hull.

London, 6. März. (Z. U.) Das Kriegsamt teilt mit, daß, wie man glaubt, drei Zeppeline am gestrigen Angriff auf England teilnahmen. Nachdem sie die Küste überflogen hatten, schlugen sie verschiedene Richtungen ein, und man hatte den Eindruck, daß sie offenbar im Unklaren darüber waren, wo sie sich befanden. Das heimgesuchte Gebiet war Dorsetshire, Lincolnshire, Rutland, Huntingdon, Cambridgeshire, Norfolk, Essex und Kent. Im ganzen wurden ungefähr vierzig Bomben abgeworfen. Es wurden, soweit bekannt ist, drei Männer, vier Frauen und fünf Kinder getötet und dreihundertdreißig Personen verwundet. Ferner wurden zwei Häuser zerstört, ein Bureau, ein Gasthaus, ein Kaffeehaus und verschiedene Läden teilweise zerstört und ein Block von Armenhäusern ernstlich beschädigt.

#### Das amerikanische Repräsentantenhaus zur Frage der bewaffneten Handelschiffe.

Washington, 6. März. (Durch Funkpruch vom Vertreter von Wolffs Telegraphisches Bureau.) Der republikanische Abgeordnete Mondell griff im Repräsentantenhaus die auswärtige Politik der Regierung an und verlangte dringend die Annahme seines Antrages, durch den die Amerikaner vor der Benutzung bewaffneter Kaufschiffe gewarnt werden. Mondell sagte: Wenn jemand, der vollkommen unterrichtet ist, behauptet, daß ein amerikanischer Bürger das Recht hat, das weder abgelehnt noch geschmäht oder verurteilt werden sollte, in der jetzigen Zeit und unter den jetzigen Verhältnissen auf einem solchen Schiffe zu reisen, das für ein Geschäft ausgerüstet und nach einer Region des Kriegsschauplatzes bestimmt ist, so muß ich annehmen, daß jemand, der eine solche Absicht hat und darauf besteht, entweder die Politik gegen die nationale Ehre ausspielt oder die Absicht hat, die Nation in einen Krieg zu verwickeln.“

Die letzte deutsche Mitteilung über den Untersee-Krieg wurde in einer Sitzung des Kabinetts und in einer Sonderbesprechung zwischen Präsident Wilson und Lansing erörtert, aber kein Beschluß gefaßt. Es wurde entschieden, die von Berlin unterwegs befindlichen Angaben über die Anweisungen der britischen Admiralsität betreffs Angriffe auf Unterseeboote abzuwarten.

„Evening Post“ meldet aus Washington: Das Kabinett besprach die verschiedenen Möglichkeiten, die sich durch die neue deutsche Denkschrift ergeben. Die allgemeine Meinung war, daß, wofür nicht eine freiwillige Erklärung einsteifen sollte, die Vereinigten Staaten in England anfragen sollten, ob es wahr sei, daß die englischen Kaufschiffe gewisse Anweisungen erhalten haben, ihre Bewaffnung in offener Weise gegen die Unterseeboote zu benutzen und ob die Angaben über einen solchen Gebrauch in den von Deutschland angeführten Fällen mit der diesbezüglichen englischen Mitteilung übereinstimmen.“

#### Englisch-amerikanischer Notenaustausch.

New York, 6. März. (Melbung vom Privatkorrespondenten vom Z. U.) Ein Telegramm aus Washington sagt, daß Englands Antwort auf die amerikanische Note, betreffend die Verschlagung der Postfische darauf besteht, daß England freie Jurisdiktion über die in seinen Gewässern fahrende Post besitze. In seiner Antwort wird Amerika diesen Anspruch Englands bestreiten.

# Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

## Weitere Teuerungszulagen für das Fahrpersonal der Großen Berliner Straßenbahn.

Angefaßt der sich immer mehr fühlbar machenden Verteuerung der notwendigen Lebensmittel und aller zum Lebensunterhalt erforderlichen Bedarfsgegenstände haben sich die Vertrauensmänner der Großen Berliner Straßenbahn erneut um Gewährung einer weiteren Teuerungszulage an die Direktion gewandt. Voraussetzt hat am Montag vormittag eine Vertrauensmännerkonferenz stattgefunden, in der die Vertrauensmänner ihr Gesuch mündlich begründeten. Die Direktion ließ bei dieser Gelegenheit durchblicken, daß sie die Lage der Angehörigen bedauere. Sie würde viel eher in der Lage sein, den berechtigten Wünschen der Angehörigen ein entsprechendes Entgegenkommen zu zeigen, wenn die Stadt Berlin resp. der Groß-Berliner Zweiverband dem Ersuchen der Direktion auf Einführung eines Stofftarifs zugestimmt hätte, was leider nicht geschah. Sie habe sich trotzdem nach Prüfung der Sachlage entschlossen, eine weitere Teuerungszulage auf folgender Grundlage zu gewähren:

Die verheirateten Fahrer und Schaffner erhalten zu der zuletzt gewährten Teuerungszulage von 5 M. eine weitere Zulage von 3 M., zusammen 8 M. pro Monat und außerdem für jedes Kind zu dem bisher gewährten Satz von 2 M. eine weitere Zulage von 1 M., zusammen 3 M. pro Monat. Außerdem werden die Fahrzulagen für alle Fahrer und Fahrerinnen um je 10 Pf. pro Tag erhöht, d. h. von 60 Pf. auf 70 Pf. resp. von 80 Pf. auf 90 Pf. pro Tag. Die höchste Fahrzulage von 90 Pf. pro Tag erhalten alle Fahrer, welche 10 Jahre in den Diensten der Gesellschaft stehen.

Die unverheirateten Fahrer und Schaffner resp. Fahrerinnen und Schaffnerinnen erhalten zu der zuletzt gewährten Zulage von 3 M. eine weitere Zulage von 2 M. pro Monat, außerdem wird die bisher gewährte Teuerungszulage für jedes Kind von 2 auf 3 M. erhöht.

Demnach betragen die während der Dauer des Krieges gewährten Teuerungszulagen inklusive der Erhöhung sonstiger Bezüge für die verheirateten Fahrer mit 2 Kindern 21,80 M., für unverheiratete Fahrer 15,80 M., für verheiratete Schaffner mit 2 Kindern 19 M., für ledige Schaffner 13 M., für verheiratete Schaffnerinnen mit 2 Kindern 18,40 M. und für ledige Schaffnerinnen 7 M. pro Monat.

## Deutsches Reich.

### Der Sattlerverband im Jahre 1915.

Wohl wenig deutsche Gewerkschaften haben während der Kriegszeit unter einer so starken Wechselwirkung gestanden als der Verband der Sattler und Portefeuliers. Da ein großer Teil der angefallenen Berufsgegenstände in der Lederindustrie beschäftigt war, mußte mit Ausbruch des Krieges eine große Arbeitslosigkeit einbrechen. Die beiden ersten Kriegsmomente zeigten daher auch ein sehr trübseliges Bild, das sich aber schon im Laufe des Monats September änderte. Trotz vermehrter Eingehung der Mitglieder zum Heeresdienst zählte der Verband Anfang des Jahres 1915 bereits wieder 1600 Mitglieder mehr als am Schluß des dritten Vierteljahres 1914. Die vermehrten Nützlichkeitsarbeiten zogen eine Menge fremde Berufsangehörige, Ungelernte und insbesondere Frauen zu dieser Beschäftigung heran. Mangels freistehender Kräfte war es nicht möglich, dieses neue Agitationsgebiet in vollem Maße für die Organisation auszunutzen. Ueber die kolossalen Organisationsarbeiten, die durch Neuaufnahmen u. a. verursacht wurden, geben nachstehende Ziffern ein Bild. Am 1. Januar 1915 zählte der Verband 1312 Mitglieder, darunter 1148 weibliche. Im Laufe des Jahres wurden 9640 männliche und 2566 weibliche Mitglieder neu aufgenommen. Außer den Eingezogenen verlor die Organisation noch 7384 männliche und 2178 weibliche Mitglieder durch Ausscheiden aus der Produktion. Trotz dieser stark beweglichen Mitgliederziffern ist die durchschnittliche Mitgliederzahl vom Jahre 1915 mit 13 879 wenig verändert gegenüber 1914 mit 13 699. Die Masse weist einen sehr günstigen Bestand auf, was insbesondere auf ein Weniger von Ausgaben zurückzuführen ist. Die gute Konjunktur drückte die Ausgabe für Erwerbslosenunterstützung auf insgesamt 20 000 M. herunter, das sind 148 M. pro Kopf gegen 15,80 M. im Vorjahr. Die übrigen Ausgaben waren normal mit Ausnahme der für die Lohnbewegungen, für die weniger aufgewendet wurde. Durch den im Anfang des Jahres geschaffenen Reichstarif wurden die Lohn- und Arbeitsbedingungen für die gesamte Lederindustrie geregelt. Es fehlt der Organisation jede Uebersicht darüber, wieviel Personen Vorteile und Nutzen durch diesen Tarif gehabt haben, es läßt sich das statistisch auch nicht annähernd erfassen. Sollte der Krieg in absehbarer Zeit beendet werden, dann wird sich über die Bedeutung dieses Reichstarifes eher ein Urteil abgeben lassen, weil er nicht nur für die Kriegszeit, sondern auch für den Frieden geschaffen wurde. Die Organisation hat daher gegenüber früheren Jahren und trotz geringerer Beitragleistung, die durch die starke Inflation bedingt war, 211 000 M. Ueberfluß für die Haupt-

lasse und 34 700 M. für die Lokallasse gemacht. Die Unterstützung der im Felde stehenden Mitglieder hat im Laufe des Krieges 183 171 M. erfordert, davon wurden 143 000 M. durch freiwillige Sammlungen aufgebracht. Außerdem wurden diese Familien durch die Lokallassen unterstützt, worüber genaue Ziffern noch nicht vorliegen, jedoch dürften allein im Jahre 1915 dafür 55 000 M. aufgewendet worden sein.

Während der Kriegsdauer wurden aus den Mitteln der Hauptkasse 316 000 M. für Unterstützungen ausgegeben. Die Organisation hat also durch die überaus günstigen Arbeitsverhältnisse für die Angehörigen der Lederindustrie bedeutende materielle Vorteile erzielt, und haben auch die alten Stammmitglieder sich an den Sammlungen der Organisation zur Unterstützung der Kriegssopfer beteiligt. Darüber hinaus wurden Reservefonds geschaffen, die die Organisation in die Lage versehen, auch nach dem Kriege ihre Aufgabe zu erfüllen und den Anforderungen der heimkehrenden Brüder aus den Schützengräben gerecht zu werden.

## Zu den Tarifverhandlungen im Baugewerbe.

Eine Konferenz des Deutschen Bauarbeiterverbandes für den Bezirk Pommern befaßte sich mit dem Verlauf der Tarifverhandlungen und dem Ablauf des Tarifvertrages. Nach einem Vortrag des Vorstandsvertreters, Genossen Köpfer-Damburg, setzte eine sehr lebhaft diskutierte ein, in der von allen Rednern das ungenügende Angebot des Arbeitgeberbundes zurückgewiesen wurde.

Im Zweigvereinsgebiet Delmenhorst befaßte sich die Bauarbeiter in zwei Versammlungen mit der Tarifverneuerung. In der Diskussionsrunde wurde besonders betont, daß die örtliche Teuerung nicht, wie amtlich festgesetzt, 40 Proz., sondern für die Arbeiter mindestens 100 Proz. betrage. Die Versammlung war einstimmig der Ansicht, daß der Tariflohn am 1. April um mindestens 15 Pf. erhöht werden müsse; sonst lieber keinen Vertrag.

In Jever beschloß die Versammlung, für die Tarifverneuerung eine Lohnhöhung für Maurer von 18 Pf. und für Bauarbeiter eine solche von 20 Pf. die Stunde zu fordern. Bei dieser Forderung ist in Erwägung zu ziehen, daß das Lohngebiet Jever direkt an das Lohngebiet Wilhelmshaven grenzt. In Wilhelmshaven aber wird ein Stundenlohn für Maurer inkl. Teuerungszulage von 77 bis 82 Pf. gezahlt, während in Jever nur 56 bis 60 Pf. inkl. Teuerungszulage für Maurer gezahlt werden.

Die Vertreter des Deutschen Bauarbeiterverbandes aus den Landesteilen der Provinz Hessen-Kassau, dem Großherzogtum Hessen-Darmstadt und den angrenzenden Bezirken nahmen zu den Tarifverhandlungen, die am 11. und 12. Februar in Berlin geführt sind, Stellung. Die Konferenz war von 38 Delegierten aus 12 Vereinen besucht. Der Bericht wurde von dem Bezirksleiter Hättmann gegeben, der die wichtigsten Seiten der Frage behandelte und die wirtschaftliche Bedeutung der Tarifverneuerung hervorhob. An der Debatte, die recht lebhaft und anregend war, beteiligten sich Vertreter fast aus allen Vereinen. In einer Resolution wurde u. a. einstimmig folgendes beschlossen:

Die bisherige Lohnpolitik des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe, wie sie auch wieder in den erwähnten Verhandlungen von neuem vertreten, steht im Widerspruch mit den großen Ereignissen der Zeit. Eine Schädigung des Gewerbes durch eine angemessene Lohnhöhung anzunehmen ist wirtschaftlich unrichtig, die eigentlichen Ursachen der Baukrise sind andere. Um das Ziel der Vertragsverlängerung zu erreichen, sind weitere Zugeständnisse dringend notwendig, um mindestens 80 bis 90 Proz. der Teuerungslasten von den Arbeitern und ihren Familien abzurufen. Die Konferenz begrüßt daher im vollen Einverständnis mit den Mitgliedern der Zweigvereine die entschiedene und feste Erklärung ihrer Vertreter in den Verhandlungen, Lehnen die Arbeitgeber auf der angelegenen Basis die Vertragsverlängerung ab, so müssen sie dafür die volle Verantwortung tragen. Die Arbeiter haben es sicher an ernstem Willen zur Verständigung nicht fehlen lassen.

## Rusland.

### Erfolgreiche Lohnbewegung der Schuhmacher in St. Gallen.

Die organisierten Schuhmacher in St. Gallen haben in Form einer friedlichen Lohnbewegung ihren Tarifvertrag verbessert, indem sie die Erhöhung der Affordobne um 5 bis 8 Proz., des minimalen Stundenlohnes von 50 auf 60 Eis. und des für Spezialarbeiter von 70 auf 75 Eis. erreichten. Der neue Tarifvertrag gilt für zwei Jahre. Die erreichte Lohnhöhung ist den Arbeitern natürlich willkommen, aber gegenüber der Verteuerung der Lebenshaltung um 80 Proz. ist sie ungenügend und bildet nur eine Abschlagszahlung.

## Aus Industrie und Handel.

Verbot der Verwendung von Oelen. Im § 8 der Bekanntmachung über das Verbot der Verwendung von pflanzlichen und tierischen Oelen und Fetten zu technischen Zwecken vom 6. Januar

1916 war vorgesehen, das zunächst nur für die Herstellung von Seifen und Leder ausgesprochene Verbot der Verwendung pflanzlicher und tierischer Oele und Fette auch auf andere Verwendungszwecke auszuweiten. Eine solche Ausdehnung ist inzwischen durch die Reichslandsministerkonferenz vom 20. Februar 1916 und vom 2. März 1916 für die Herstellung von Druckfarben sowie von Lacken, Firnissen und Farben und von Degras erfolgt. Zur Herstellung der im Stein-, Licht- usw. Druckgewerbe verwendeten Druckfarben darf vom 20. März 1916 an Leinöl überhaupt nicht mehr verwendet werden. Die im Lackgewerbe verwendeten Lacke, Firnisse und Farben dürfen vom 15. März 1916 an pflanzliche Oele nur noch in Mischungen von 25 vom Hundert des Endproduktes enthalten. Zur Herstellung von Degras und der bei der Lederfabrikation verwendeten Lacke, Firnisse und Farben dürfen dagegen pflanzliche oder tierische Oele oder Fette überhaupt nur noch mit Genehmigung des Kriegsausschusses für pflanzliche und tierische Oele und Fette, der sich hierbei der Vermittlung der Kriegslieder-Arbeitsgemeinschaft bedient, verarbeitet werden.

## Wiederaufnahme des Wiener Börsenverkehrs.

In einer Sitzung der Wiener Börsekammer gelangte der Antrag des Komitees zur Wiederaufnahme des Börsenverkehrs, demnachst einen Privatverkehr an der Börse unter bestimmten Beschränkungen aufzunehmen, zur einstimmigen Annahme. Die betreffende Kundmachung besagt folgendes: Der Effektensaal der Wiener Börse wird ab ... März (das Datum ist noch festzusetzen) an den Wochentagen von 11 Uhr 30 Minuten bis 1 Uhr für einen beschränkten Privatverkehr in Effekten und in Kompte zur Verfügung gestellt. Es dürfen nur Kassageschäfte abgeschlossen werden, wobei lautes Anbieten zu vermeiden ist. Geschäfte in Pfandbriefen sind nicht gestattet. Geschäfte in österreichisch-ungarischen Staatsrenten sowie in österreichisch-ungarischen Kriegsanleihen dürfen nur durch Vermittlung eines beeideten Effektenmaklers abgeschlossen werden. Diese Vorschrift gilt auch für den Verkehr der Börsebesucher untereinander außerhalb des Börsensaales. In österreichisch-ungarischen Staatsrenten sowie in österreichisch-ungarischen Kriegsanleihen ist die Ausführung von Bestandsordern nur für Käufe gestattet. In allen übrigen Effekten ist die Ausführung von Bestandsordern sowohl für Kauf als Verkauf ausnahmslos untersagt. ... Aufträge zum Verkauf oder zur Bezeichnung von Effekten dürfen nicht angenommen werden, wenn sie unmittelbar oder mittelbar von einem feindlichen Ausländer oder aus dem feindlichen Ausland herühren. Die Börsebesucher sind an diese Vorschriften auch bezüglich ihrer Geschäfte außerhalb des Börsensaales gebunden. Zahlmäßige Angaben über vorgefallene Preise dürfen weder in öffentlichen Verkaufsanzeigen noch in Mitteilungen, die für einen größeren Kreis von Personen bestimmt sind, gemacht werden. Das Verbot der Annoncierung bleibt aufrecht.

Die Budapest Effektenbörse wird, wie verlautet, gleichzeitig mit der Wiener Börse wieder eröffnet werden. Eine amtliche Notierung der Kurse findet nicht statt. Nur Kassageschäfte sind zulässig. Staatspapiere werden ausschließlich durch zwölf Agenten gehandelt werden, die von der Korporation der Agenten vorgeschlagen werden.

## Russische Selbstverorgungs-Illusionen.

Der Krieg hat nicht nur in Deutschland seltsame Auffassungen über die Bilanzierbarkeit und Möglichkeit der Selbstversorgung eines Staates mit Industrierellen und anderen Rohstoffen hervorgerufen. Auch im Ausland hat die imperialistische „Selbstverorgungs“-Idee allerlei Unheil angerichtet. Ein charakteristisches Beispiel dafür liefert ein Bericht der „Torgowo-Promyshlennaja-Gazeta“ über den Teeanbau in Transkaukasien, den die „Kadr. f. Handel, Industrie u. Landw.“ mitteilen. Der Bericht der „Torg.-Prom.-Gaz.“ stützt sich auf eine Veröffentlichung der Oberverwaltung der indirekten Steuern in Russland. Danach existierten im Jahre 1914 in Transkaukasien 242 Teepflanzungen mit einer Gesamtfläche von 835 Desjätinen (a 109,25 Ar). Mit der Bearbeitung des Tees waren sechs Fabriken beschäftigt; sie erzeugten 1914 insgesamt 828 947 Pfund. Der hier gewonnene Tee kostet in Moskau 70 Kopeken pro Pfund. Dagegen kann man dort feinsten Tee für 44 Kopeken und indischen und Erhlon-Tee für 58 Kopeken das Pfund liefern. Der Teeanbau stößt infolgedessen auf große Schwierigkeiten. Die Oberverwaltung der indirekten Steuern hält ihn aber für entwicklungs-fähig. Sie befreit Teezucht und ein Eingreifen des Staates, von dem sie hofft, daß es ermöglicht, den kaukasischen Tee frei Moskau für 40 Kopeken das Pfund zu liefern. Die Folge wäre: bei einer weiteren Entwicklung des Teeanbaues könnte Transkaukasien etwa 55 Millionen Pfund Tee liefern, das heißt fast vollständig den russischen Bedarf an mittleren und geringeren schwarzen Teesorten decken. In der Zwischenzeit aber soll das russische Volk die Kosten des Tees tragend bis — der Sprung von weniger als 1/2 auf 55 Millionen Pfund in der einheimischen Teeproduktion gelungen ist.

**Deutsches Theater.**  
Direktion: Max Reinhardt.  
7 1/2 Uhr: **Macbeth.**  
Mittwoch: Ein Sommernachtstraum.  
(In der Neueinstudierung.)  
**Kammerspiele.**  
8 Uhr: **Der Weibsteufler.**  
Mittwoch: **Gawan.**  
**Volkstheater.** Theater a. Bülowlpl.  
8 1/2 Uhr: **Fuhrmann Henschel.**  
Mittwoch: **Fuhrmann Henschel.**  
Dir. Meinhard-Bernauer.  
**Theater i. d. Königgrätzerstraße**  
8 Uhr: **Kameraden.**  
**Komödienhaus**  
8 1/2 Uhr: Das Mädchen aus der Fremde.  
**Berliner Theat.**  
8 Uhr: Wenn zwei Hochzeit machen.

**Lessing-Theater.**  
Direktion: Victor Parnowsky.  
8 Uhr: **Komödie der Worte.**  
(Albert Bassermann.)  
Mittwoch: Die gutgeschneitene Ecke.  
**Deutsches Künstler-Theater.**  
Allabendlich 8 Uhr:  
**Die selige Exzellenz.**  
**URANIA**  
Taubenstr. 48/49.  
8 Uhr:  
**Aegypten, der Suezkanal und der Weltkrieg.**

**Rose-Theater.**  
8 Uhr: **Der Hochtourist.**  
Morgen: Ein Schlag ins Gesicht.  
**Walhalla-Theater.**  
8 Uhr: **Die Förster-Christl.**  
Morgen 4 Uhr: **Die 7 Raben.**  
**Luisen-Theater**  
Täglich 8,15, Sonntags 8 Uhr:  
Char-  
**lotte**  
**Klin-**  
**ger.**

**Circus Busch**  
Tägl. 8, Sonntags u. Feiertags 7, u. 8 U.  
Das neue  
**Märzprogramm**  
a. a.  
Elwino, in Ketten gefesselt.  
Todessturz ins Manège-Bassin.  
4 Renolles, am Luftred.  
Eliass Marlons, der lebende Heliol!  
Goliath, d. größte u. schönste Schalkperd  
der Welt, getitten d. Pri. Botomi.  
3 Jalozlecks, Gilaufschuboten.  
Zum Schluss:  
**Ein Wintermärchen.**

**WINTERGARTEN**  
Der neue bunte abwechslungsreiche Spielplan!  
Außerdem  
**Die schöne Komödiantin**  
Oper in 1 Akt v. Burg u. Taufstein.  
Musik von Leo Ascher.  
Mitwirkende: Elso Berna —  
Lotta Werkmeister v. Thalia-Th.  
a. G. — Gustav Matzner — Hein-  
rich Peer — Julius Spielmann.  
Frühjahrspreise (wochentags  
inkl. Steuer): Parkett-Fauteuil  
1.-3. Reihe 4.—, Parkett-Faut.  
4.-6. Reihe 3.—, Tribüne 3.—,  
Fauteuil 2.—, Reserv. Platz  
1.50, Eintritte 1.—, Eintritt 0.60.

**Voigt-Theater.**  
Badstr. 58. Badstr. 58.  
Morgen Mittwoch, den 8. März 1916  
**Die Else vom Erlenhof.**  
Vollständig aus dem Schwergewicht in  
5 Aufz. von Siegf. Rom. Stadl.  
Stoffeneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.  
**Admiralspalast**  
**Eis-Arena**  
Großes  
**Eis-Ballett.**  
1/2, 9 Uhr 2, 3, 4 U.  
Vorzügliche Küche!

**Theater für Dienstag, den 7. März.**  
Deutsches Opernhaus Charlottbg.  
8 Uhr: **Rigoletto.**  
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.  
8 Uhr: **Das Dreimäderlhaus.**  
Gobr. **Herrnfeld.** Theater  
8 Uhr: **Sokrates und Perlmutter.**  
**Kleines Theater.**  
8 Uhr: **Liebelei.**  
**Komische Oper.**  
8 Uhr: **Jung muß man sein.**  
**Lustspielhaus.**  
8 1/2 Uhr: **Der Gatte des Fräuleins.**  
**Metropol-Theater**  
8 Uhr: **Die Kaiserin** (Maria Theresia).  
**Montis Operetten-Theater**  
8 Uhr: **Der Sterngucker.**

**Residenz-Theater**  
8 1/2 Uhr: **Loge No. 7** m. Henry Bender.  
**Schiller-Theater O.**  
8 Uhr: **Das Lumpengesindel.**  
**Schiller-Th. Charlottenbg.**  
8 Uhr: **Romeo und Julia.**  
**Thalia-Theater.**  
8 Uhr: **Blondinchen.**  
**Theater am Kollendortpl.**  
8 1/2 Uhr: Hasemanns Töchter.  
8 1/2 U.: **Immer feste druff!**  
**Theater des Westens**  
8 Uhr: **Das Fräulein vom Amt.**  
mit Guido Thielscher.  
**Trianon-Theater.**  
8 1/2 U.: **Verheiratete Junggesellen.**

**Palast**  
Täglich 8 Uhr, Sonntags 7, u. 8 Uhr.  
**Voller Erfolg**  
des Riesen-März-Programms  
**Olga Desmond**  
in ihr. Neuheit: Ein Gelbertraum.  
**Bernhard Mörbits**  
der berühmte Komiker.  
Wiederauftritt **Lene Land**,  
die popul. Parod. u. d. übrigen  
Schlager. 12 erstkl. Nummern.

**Reichshallen-Theater.**  
Stettiner Sänger.  
Zum 132. Male:  
**„Die von der Emden.“**  
für Militärper-  
sonen (weiter  
Eintritt zu den  
Stett. Sängern).

**Berliner Konzerthaus.**  
Mauerstr. 82. Zimmerstr. 90/91.  
Täglich: **Großes Konzert.**  
Berliner Konzerthaus-Orchester  
Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf. Anfang 8 Uhr.  
Freitag, den 10. März:  
zum Besten der Verwundeten des Königin-  
Elisabeth-Garde-Grenadier-Regiments Nr. 3.  
**Großes Konzert**  
H. Gluck, Berlin. Druck u. Verlag: Hermanns Buchdr. u. Verlagsanstalt

**Casino-Theater**  
Lottstr. 37. Tägl. 8 Uhr:  
Neu! Neu!  
Das erste Volksstück  
in dieser Spielzeit!  
**Die Vogelscheuche.**  
Dazu das große Märzprogramm.  
Sonntag 4 Uhr: **Ihr Gottlieb.**

**Possen-Theater**  
Linienstraße, a. d. Friedrichstr.  
8 1/2 U.  
**Kobis Abenteuer**  
**Der große Augenblick**  
mit Leonhard Hasckel  
und Siegfried Berisch

**Rückgratverkrümmung**  
hohe Schultern und Hüften bekämpft mit großem Erfolg bei Erwachsenen und Kindern mein verstellbarer  
**Geradhalter-Apparat**  
**Original-System Haas**  
Mehrfach prelagiert.  
Ausführliche reichillustrierte Broschüre kostenlos.  
**Franz Menzel, Berlin W. 35, Lindenstr. 23**  
Paul Singer u. Co., Berlin SW. 13. Giergen 2 Beilagen u. Unterhaltungsbül.

Abgeordnetenhaus.

21. Sitzung, Montag, den 6. März, vormittags 11 Uhr.

Am Ministerisch: Dr. Sydow.

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt

Abg. Frhr. v. Zedlitz (H.)

zu dem von ihm früher erstatteten Kommissionsbericht über Verlagerungsfragen und Fenur ergänzend mit, daß der Journalist, der in der Berliner Pressekonferenz eine Indiskretion begangen hatte, dafür aus der Pressekonferenz ausgeschlossen worden sei. Diese Tatsache habe er erst nach seiner damaligen Rede erfahren.

Auf der Tagesordnung steht zunächst eine Novelle zum Knappschäftsriegelgesetz.

Nach der Vorlage dürfen Militärhinterbliebenen auf die Witwenpensionen und Erziehungsbeihilfen der Knappschäftslosen nicht angerechnet werden. Ferner werden Knappschäftsleistungen auch für verheiratete Mitglieder gewährt bei eidesstattlicher Versicherung der Hinterbliebenen, daß sie von den Vermögenden keine Nachsicht erhalten.

Die Kommission beantragt die Einfügung einer Bestimmung, wonach die Gültigkeit der während des Krieges ablaufenden Mandate der Knappschäftsvertreter bis nach Kriegsende verlängert und Neuwahlen erst dann vorgenommen werden, falls nicht das Oberbergamt nach Anhörung des Knappschäftsvorstandes anderes bestimmt. In einer Resolution ersucht die Kommission die Regierung um nachdrückliche Fortsetzung der Bemühungen für die Verschmelzung preussischer Knappschäftsvereine zur Sicherstellung ihrer ausreichenden Leistungsfähigkeit sowie zur Bildung eines Knappschäftlichen Rückversicherungsverbandes über das ganze Reich.

Abg. Hue (Soz.):

Wir stimmen dem Gesetzentwurf gern zu, er entspricht einem dringenden Bedürfnis. In der Kommission herrschte volle Einmütigkeit über die Notwendigkeit dieser Maßnahmen. Bei allen Parteien machte sich das Bestreben geltend, in der Fürsorge für die Kriegsteilnehmer und ihre Hinterbliebenen möglichst weit zu gehen. Offenlich erleben wir die gleiche Einmütigkeit auch bei anderen sozialen Aktionen. Redner richtet des weiteren eine Reihe von Fragen an die Regierung, in denen er um Aufklärung über bestehende Unklarheiten bei der Auslegung des Knappschäftsriegelgesetzes ersucht.

Weiter wäre es sehr wünschenswert, wenn die Regierung feststellen und uns mitteilen würde, in welchem Umfange die hier vorgenommene Fürsorgegesetzgebung auch in den anderen Bundesstaaten eingetretet ist. Ferner ist ein Gegenständigkeitsverhältnis in diesen Fragen mit Oesterreich abgeschlossen. Durch die betreffende künftl. Verordnung ist den deutschen Reichsangehörigen, die österreichische Bruderlandemittglieder sind, und für das Deutsche Reich Kriegs-, Sanitäts- und ähnliche Dienste tun, die Wohltat des § 9 des österreichischen Bruderlandengesetzes zugesichert worden. Das ist an sich sehr erfreulich. Aber dieser § 9 bietet uns sehr wenig als Gegenwert. Bei einem Gegenständigkeitsverhältnis sollten aber Anerkennung und Leistungen sich einermessen die Waage halten. Ich spreche daher den dringenden Wunsch aus, daß die Staatsregierung in dieser Richtung auf die österreichisch-ungarische Regierung einzuwirken sucht. Wenn meine politischen Freunde im österreichischen Reichsrat Gelegenheit hätten, die Gesetzesentwürfe zu benutzen, so würden sich ihre jahrzehntelangen Bemühungen zur Sanierung der Bruderlandverhältnisse in Oesterreich jetzt ganz besonders fortsetzen. Aber der österreichische Reichsrat tritt nicht zusammen und so bleibt nichts übrig, als daß die Regierung auf diplomatischem Wege versucht, daß unsere Reichsangehörigen als österreichische Bruderlandemittglieder nicht viel schlechter gestellt sind als die andere Seite.

Schließlich hat die Kommission einen Antrag von mir angenommen, der darauf abzielt, die große Verplitterung im Knappschäftswesen, die zur Existenz so vieler Leistungsunfähiger Klassen führt, zu beheben. Viele dieser Klassen sehen, so wie der Krieg es erheblich stärker belastet, vor dem Zusammenbruch. Das ist kein Resultat des Krieges, sondern die Leistungsunfähigkeit der kleinen Klassen besteht schon seit Jahrzehnten. Schon lange haben wir verlangt: Zusammenlegung der kleinen Vereine in einem Revier zu einem Revierverbande, weiter zu einem Staats- und Reichsverbande. Weiter verlangt der Antrag die Bildung eines Rückversicherungs- oder Garantieverbandes aller deutschen Knappschäftsvereine. Zwei Drittel unserer Knappschäftsvereine können heute ihren Leistungen nicht nachkommen. Inwiefern das durch einen Rückversicherungsverband, der zu Anfang des vorigen Monats beschlossen ist, gelungen wird, darüber kann die Regierung uns die leichtest Auskunft geben. Eine Vereinheitlichung unseres Knappschäftswesens über das ganze Reich ist eine dringende Notwendigkeit. (Lebhafte Weisfall bei den Sozialdemokraten.)

Wirklicher Scheimer Oberberggrat Reuß:

Die Frage der rechtlichen Stellung der Kriegsgelasteten ist zu entscheiden nach den besonderen Bestimmungen der einzelnen Knappschäftsvorschriften. Durch die Satzungen des Bochumer Vereins, der fast die Hälfte aller Knappschäftsmittglieder umfaßt, ist für die Kriegsgelasteten gut gesorgt. In anderen Knappschäftsvereinen fehlt es an ähnlichen Bestimmungen. Diese Frage kann also nur von Fall zu Fall entschieden werden. Ueber die Hüttenpensionslosen kann ich nichts Näheres sagen, da sie nicht zur Geschäftsbereich der Bergverwaltung gehören. Was das Gegenständigkeitsverhältnis mit Oesterreich betrifft, so ist selbstverständliche Voraussetzung die Gleichzeitigkeit der Leistungen. Was die Entscheidung des Reichsverversicherungsamts und des Knappschäftsoberschiedsgerichts anlangt, so stehe letzteres mit seiner Entscheidung nicht allein. Immerhin sei es wünschenswert, zu einer einheitlichen Auffassung zu gelangen.

Abg. Althoff (natl.):

stimmt dem Gesetz zu. Was das Gesetz wolle, sei im Bochumer Knappschäftsverein schon in den Satzungen vorgelesen. Daraus ergebe sich, wie ungerecht man diesem sozialpolitische Rückständigkeit vorgeworfen habe.

Nachdem sich noch die Abgg. Wallbaum (L.), Brust (Z.) und Rosenow (Sp.) für die Vorlage erklärt haben, wird das Gesetz in der Fassung der Kommission angenommen, ebenso die Resolution der Kommission.

Es folgt die zweite Lesung des

Etat der Bergverwaltung.

Hierzu liegt ein Antrag Braun (Soz.) und Genossen vor, die Regierung zu ersuchen,

1. die von den Bergbehörden seit Beginn des Krieges zugelassene Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in Bergwerksbetrieben unter Tage sofort aufzuheben,

2. die Beschäftigung weiblicher und jugendlicher Arbeiter in Berg- und Hüttenwerken mit Arbeiten, die ihre Kräfte übersteigen, und sich für weibliche Arbeiter nicht eignen, zu unterlagen, und

3. überhaupt nur zuzulassen, wenn vorher die erforderlichen Bedingungen für den Schutz der Gesundheit und Sittlichkeit dieser Arbeiter erfüllt sind.

Abg. v. Saffel (L.)

Begrüßt die Kriegsursorge der Bergverwaltung und hofft, daß trotz der hohen Aufwendungen dafür der Gesamtabschluss günstig sein werde. Die Kohlenpreise seien zwar hoch, aber die Kohlen bei uns

reichlicher und billiger als in England. Die fiskalischen Bergarbeiterlöhne sind bis 19 Proz. gestiegen, bei privaten Ruhrwerken bis 22 Proz. Es ist mögliche Anpassung der Löhne an die Teuerung zu wünschen. Die Hauptfrage sei aber, daß die Gemeinden mehr als bisher billige Lebensmittel abgeben. Nach unseren Erfolgen bei Verdun wollen jetzt unsere Feinde vereinbaren, daß keiner mit uns einen Sonderhandelsvertrag abschließen darf. Nun, unsere braven deutschen Arbeiter werden, gestützt auf die in der Welt einzig dastehenden Bodenschätze Deutschlands, diese Vorkriegsindustriehemereien zum Scheitern bringen. (Weisfall.)

Abg. Brust (Z.)

spricht die Hoffnung aus, daß das Verstummen der Auseinandersetzungen zwischen den Bergarbeiterorganisationen von anhaltender Dauer sein werde. Die englischen Vergleute erzwingen durch Streiks höhere Löhne. Die deutschen Vergleute stellen das Vaterland über alles. Man möge ihnen das Durchhalten auch materiell ermöglichen. — Der sozialdemokratische Antrag, Ausnahmebestimmungen zugunsten der Beschäftigung von Frauen und Jugendlichen in den Bergwerken aufzuheben, geht uns in dieser Form zu weit.

Abg. Vorster (H.):

Auch wir können uns diesem Antrage nicht anschließen. Der Krieg verlangt Ausnahmezustände. Die Haltung unserer Bergarbeiter im Gegensatz zu den englischen begrüssen wir mit besonderer Freude.

Abg. Dr. Ehlers (Sp.):

Der Etat ist allzu vorsichtig aufgestellt, die Einnahmen werden sicher überschritten werden. Das Kohlengeschäft ist so gut, daß ich gern mit dem Minister eine Wette eingehe, daß ich mit meiner Schätzung recht habe. (Heiterkeit.) Der sozialdemokratische Antrag ist uns an sich sympathisch vom hygienischen Standpunkt aus. Doch sollten sich die Antragsteller damit begnügen, wenn die Regierung über die gesundheitschädlichen Wirkungen der Beschäftigung von Frauen und Jugendlichen in Bergwerken Erhebungen anstellt.

Handelsminister Sydow:

Keine Wette würde ich lieber verlieren, als die mir von dem Redner angebotene. (Heiterkeit.) Die in Oberschlesien gewährten Kinderzulagen sind jetzt auch im Saarrevier eingeführt und betragen für das erste Kind 8 M., sonst 2 M. monatlich. Die Beschäftigung von Frauen und Kindern im Bergwerksbetrieb ist nur als Ausnahmezustand für den Krieg zugelassen, ist für diese Zeit aber auch notwendig. Unter Tage werden jugendliche Arbeiter übrigens nur mit ganz leichten Arbeiten beschäftigt.

Abg. Hue (Soz.):

Der Etat ist in der Tat übervorsichtig aufgestellt. Das dunkelste Bild in unserem Vergleichen ist die Kallindustrie. Der Gesamtabsatz ist seit 1913 von 11 auf 0,7 Millionen zurückgegangen. Das liegt an der Unterbindung der Ausfuhr. Es bestehen viel mehr Werke als dem Bedarf entsprechen und noch immer entstehen neue Werke. Die Regierung sollte diesem wahnwitzig irrationalen Treiben endlich ein Ende machen. Auch falls nach dem Kriege die Ausfuhr wieder einsetzt, sind über die Hälfte der Werke überflüssig. Die Ausfuhr darf nur gehindert werden, wenn wirklich triftige Gründe vorliegen. Die festgesetzten Höchstpreise bedürfen der Erhöhung. Es ist eine geringe Erhöhung geplant, die es der Kallindustrie ermöglichen würde, die sehr notwendige Erhöhung der Arbeiterlöhne vorzunehmen. Von einer irgendwie beträchtlichen Verteuerung der landwirtschaftlichen Produktionskosten durch eine solche Erhöhung der Kalipreise kann keine Rede sein. — Notwendig ist ferner eine Regelung der Vergleutenfrage. — Für die Kontraktabschlüsse mit ausländischen Arbeitern müssen klare, rechtliche Bestimmungen geschaffen werden. — Wie werden nach dem Kriege überhaupt Stellung nehmen müssen gegenüber dem Herausheben ausländischer Arbeiter mit niedrigen Löhnen. Wenn die Industriellen und Agrarier Fälle zum Schutz ihrer Waren verlangen, müssen wir Arbeiter doch auch das Recht haben, Maßnahmen gegen die Einfuhr von Vorkindern zu verlangen, denn für uns handelt es sich hierbei um unsere einzige wertvolle Ware Arbeitskraft, die ebenfalls des Schutzes bedarf. In den Ueberlichkeiten drängen sich allerdings massenhaft Arbeiter, es ist der Unverstand der Rassen, nicht etwa Zwang der Verhältnisse, aber diese sollten sich diesem Unverstand widersetzen. Den Bergarbeitern sollte man guten Sprengstoff liefern und Preisänderungen immer anfragen, da die Arbeiter selbst die Sprengstoffe bezahlen müssen. Gerade während des Krieges sollte die Kontrolltätigkeit der Sicherheitsmänner möglichst wenig eingeschränkt, Schießmeister und Wetterkontrollreue sollten nicht eingezogen werden. Eine ungebührliche Ausbeutung sind gewisse ganz überflüssige Akte bei Arbeitswechsel im Vergleichen. Allen Arbeitern und Unterbeamten auf den fiskalischen Gruben sollten gleiche Teuerung- und Kinderzulagen gewährt werden. In der Kommission wurde gesagt, in Oberschlesien seien

die Löhne

um 100 Proz. gestiegen. Davon kann keine Rede sein. Daß die Löhne gestiegen sind, haben wir nie geleugnet. Interessant ist, daß man jetzt zugibt, daß man mit der Durchschnittslohnberechnung sehr vorsichtig sein müsse. Wir haben diesen Standpunkt stets vertreten. Die Lohnklasse I mit den höchsten Löhnen ist während des Krieges sehr vermindert worden. Die Folge ist, daß die Summe der höchstbezahlten Arbeiter ganz wesentlich geringer geworden ist. Das bedeutet eine beträchtliche Verminderung der Produktionskosten. Der durchschnittliche Höchstlohn beträgt für Hauer und Lehnhauer im Ruhrgebiet 7,04 M., im Saargebiet 5,22 M. Über 70 Proz. etwa dieser Arbeiter bleiben unter diesem Durchschnittslohn. (Hört! hört!) Die Löhne gehen vielfach unter 5, ja bis 3 M. zurück. Für Untertagsarbeiter und erwachsene verheiratete Overtagsarbeiter in Klasse II werden Löhne von 3,60 bis 4,80 M. gezahlt. Ueber 60 Prozent der gesamten Bergarbeiter erhalten nicht einmal den Lohn von 5 M. pro Tag. Ueber 80 Prozent der Bergarbeiter haben unter 7 M. Lohn pro Tag, während doch 7 M. bei den heutigen Lebensmittelpreisen für einen Familienvater als außerordentlich niedriger Lohn zweifellos zu bezeichnen ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Man sollte daher endlich daran gehen, die Löhne so weit zu erhöhen, daß wenigstens einigermaßen ein Ausgleich für die Verteuerung der Lebensverhältnisse eintritt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn 30 Pf. Kinderzulage gewährt worden ist, so werden sie ja allein schon durch die Kartellpreiserhöhung wieder weggenommen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Herren, die immer gegen jede Lohnerhöhung um ein paar Pfennig Sturm laufen, sollten daher doch auch einmal Alarm blasen gegen die festgesetzte Verteuerung der landwirtschaftlichen Produkte, auf deren Verzehr wir hauptsächlich angewiesen sind. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Eine weitere allgemeine Lohnerhöhung ist durchaus möglich, denn die Ueberlässe der Werke steigen ständig. Daß bei diesen großen Gewinnen der Unternehmer jede Erhöhung der Kohlenpreise große Erbitterung im Volke hervorruft, wird auch von Kreisen, die nicht der Sozialdemokratie angehören, zugegeben. Besondere Aufmerksamkeit verdient die Braunkohlenindustrie. Schon vor dem Kriege wurden in ihr

Dividenden von 12 bis 25 Prozent

bezahlt. Jetzt haben sich die Gesehungskosten noch verbilligt. Der Minister hat in der Kommission gesagt, ihm sei von der Erhöhung der Braunkohlenbrikettpreise nichts bekannt. Sie ist aber in offizieller Weise von der neugebildeten Vereinigung der mitteldeutschen Braunkohlenbrikettfabriken für die Industriestellen angefordert worden. Es wird hier genau so geben wie mit der Butter. Wenn die Preise für die Industriestellen erhöht werden, dann wird es

nachher nur noch Industriestellen geben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Minister hat die Pflicht, gegen diese fortgesetzte Verteuerung der Kohlen für die ärmsten Leute einzuschreiten. Hier handelt es sich keineswegs um eine notwendige Industrie, hier liegt bewährte Ausweitung vor. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn der Minister die Stimmung des Volkes nicht kennt, so möge er sich dem Beispiel Harun al Raschids folgen selbst unter das Volk begeben; er wird sich wundern, was er da zu hören bekommt. Nach den eigenen Angaben der Unternehmer betragen die Selbstkosten pro Tonne höchstens 8 M. Die Verkaufspreise aber schon im Großhandel belaufen sich auf 12—15 M. Bei den Lausitzer-Brandenburgischen Braunkohlenbesitzern betragen die Selbstkosten mit kriegsmäßigem Zuschlag 6 M. Im Großhandel betragen die Preise 10—12 M., im Kleinhandel werden pro hundert Stück Briketts 1,35 M. bis 1,40 M. verlangt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ergibt 31 bis 33 M. pro Tonne bei einem Selbstkostenpreis von 6 M. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Kleinhandler trifft dabei keine Schuld, das sind meist Leute, die selbst schwer arbeiten müssen und sich mit einem ganz minimalen Verdienst begnügen müssen. Ich habe schon vor vierzehn Tagen den Minister gebeten, er solle feststellen lassen, wie der kolossale Unterschied zwischen Richtpreisen des Schindlers und Verkaufspreisen in einem bestimmten Maße zu erklären sei. Ich habe auf Grund dieser Ausführungen aus Mitteldeutschland Zuschriften erhalten, in denen festgestellt ist, daß Gewerbetreibende pro Tonne Ruhr- und Saarkohle heute 7—10 M. mehr zahlen müssen als vor dem Kriege, während die Richtpreise nur um 2—3 M. erhöht sind. Wie ist dieser Unterschied zu erklären? Man hat auf die Erhöhung der Arbeiterlöhne hingewiesen. Ich erkläre hier vor dem Lande: es ist nicht wahr, daß die kolossale Erhöhung der Verkaufspreise für Braunkohle auch nur im entferntesten durch eine Erhöhung der Arbeiterlöhne bedingt ist. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Wer das behauptet, kennt die Verhältnisse in der Industrie nicht. Noch gestern ist mir aus der Lausitz eine Zuschrift zugegangen, aus der zu ersehen ist, daß durch die Einführung von Wagern eine ganz kolossale Verbilligung der Gesehungskosten erzielt ist. Dabei erhalten die Arbeiter in dieser Braunkohlenindustrie Löhne von 2,40 M. bis 4 M. Es kommen auch Löhne unter 3 M. vor in diesen außerordentlich profitablen Gruben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Ich komme nun zu unserem Antrag. Diese Ausnahmen waren schon vorher in Mansfeld und Oberschlesien zugelassen, Laufende schon schulentlassener Kinder arbeiten da unter Tage — Kinder, deren Altersgenossen im Bürgerturn noch in höhere Schulen gehen. Das wollen wir für unsere Kinder wenigstens bis zum sechzehnten Jahr. Wir fordern nicht Befreiung der Frauenarbeit überhaupt, aber wohl dort, wo sie mit dem Muttertag unvereinbar sind. Wir haben betonen, daß wir die Kriegsnotwendigkeiten berücksichtigen, aber eine Schranke gibt es, über die uns keinerlei Redensarten hinweggehen lassen: das ist die Pflicht auf die Frauen und Kinder. Zu niedrigeren Löhnen werden heute Frauen in Hochöfen, Walzwerken, beim Stempelziehen usw. beschäftigt und

die Kinderarbeit unter Tage nimmt ständig zu.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Der preussische Bergarbeitertag von 1906 hat nach einem Referat des christlichen Sekretärs Effert einstimmig Forderungen erhoben, die durchaus unserem Antrage entsprechen. Warum hat die Regierung darauf nicht geachtet und immer mehr Frauen- und Kinderarbeit zugelassen? Ja, Kollege Brust, kann man da von mir volles Vertrauen zu unverbildlichen Erklärungen des Ministers verlangen? Ich habe in der Kommission einfach die Forderungen des damaligen Kongresses aller Richtungen erhoben, warum haben Sie sie abgelehnt? (Abg. Brust: Weil Sie zu lange geredet haben! — Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ist ja das Meiste! Man hat in der Kommission das allergeringste Maß von Würdigung dafür gehabt und gegen die Fortschrittler und uns Uebergang zur Tagesordnung über eine so wichtige sozialpolitische Forderung beschloßen! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Wie kann man behaupten, daß mein Antrag die Betriebe gefährdet? Noch in die Zahl der Jugendlichen verhältnismäßig gering, aber ihr Wachstum muß verhindert werden. Der Antrag zielt auf Mutter- und Kinderarbeit, nicht auf Beeinträchtigung der Kriegsnotwendigkeiten. Behauptet wurde hier über die geringere Geburtenzahl und höhere Sterblichkeit der Industrievollbevölkerung geklagt. Diese Verhandlung mühe als leere Deklamation erscheinen, wenn wir hier die Gelegenheit nicht wahrnehmen, gegen klar zutage liegende Ursachen dieser Entwicklung vorzugehen. Die fürstlich Meißner Knappschäftsverwaltung stellt ausdrücklich die elenden Lebensverhältnisse fest, unter denen die Arbeiterkinder in Oberschlesien aufwachsen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und Oberschlesien ist in der Frauen- und Kinderarbeit obenan. Trotz aller vorgebrachten Bedenken bleibt Ihnen also nichts übrig, wenn Sie diese Zustände ändern wollen, als unsern Antrag anzunehmen! (Lebhafte Weisfall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Althoff (natl.):

Die Durchschnittslöhne vor dem Kriege sind mit den jetzigen nicht vergleichbar, deshalb geben die Ausführungen des Abg. Hue sehr. Auf einer Grube, die ungefähr ein zutreffendes Bild der westfälischen Verhältnisse gibt, sind die Löhne der Hauer und Lehnhauer ständig gestiegen, und zwar um 22 Proz. seit Kriegsbeginn. Bei oberflächlicher Betrachtung muß man eine ganz erhebliche Steigerung der Löhne zugeben, wobei die übrigen Selbstkosten gleichfalls stark gestiegen sind. Gewiß, so stark wie die Lebensmittelpreise sind die Löhne nicht gestiegen; auch ich bin für weitere Lohnerhöhung, aber auch dafür, daß die Lebensmittelpreise nicht über das absolut Notwendige steigen. Auch den Angaben des Abg. Hue über die Ueberlässe und Ueberlichkeiten muß ich widersprechen. Es liegt weder im Interesse der Arbeiter noch in dem der Reden, bei den verschiedenen Schichten Maß zu halten. Die Arbeiter sollten sich bescheiden bei den Sprengstoffen angewöhnen. Punkt 1 des sozialdemokratischen Antrages lehne ich ab. Die Ausführungen Hues hierüber bezogen sich auf Friedenszeiten und ließen die jetzigen Notverhältnisse außer Betracht. Erst jetzt hat das Oberbergamt Dortmund die Beschäftigung fünfzehnjähriger gestattet, es werden nur die kräftigsten beschäftigt. (Abg. M. Hoffmann: Schiden Sie mal Ihre eigenen!) Es gibt in der Grube eine Reihe Arbeiten, die das Wachstum und die Gesundheit eines kräftigen fünfzehnjährigen nicht beeinträchtigen können. Nur solche Arbeiter dürfen in Betracht kommen. — Die Punkte 2 und 3 halte ich für überflüssig, weil dafür schon die Reichsgesetzgebung sorgt. Ein großer Teil der Hueschen Klagen sind verallgemeinert und werden verschwinden, wenn die Arbeit der Frauen und Jugendlichen so gehandhabt wird, wie ich das angedeutet habe. (Weisfall bei den Nationalliberalen.) Die Besprechung schließt.

Ein Antrag Kranz (Sp.) will die Regierung auffordern, über den Inhalt des sozialdemokratischen Antrages Erwägungen anzustellen.

Die Abgg. Dr. v. Heydebrand (L.) und Frhr. v. Zedlitz (H.) erklären sich gegen diesen Antrag, weil seine Annahme als eine Hebung von Misstrauen gegen die Staatsregierung aufgefaßt werden könnte. (Heiterkeit links.)

Bei der Abstimmung wird Piffer 1 des Antrages Braun gegen die Sozialdemokraten abgelehnt. Zu den Piffen 2 und 3 wird der fortschrittliche Antrag gegen die beiden konservativen Fraktionen angenommen.

Dienstag 11 Uhr: Weiterberatung des Etats. Schluß 5 1/2 Uhr.

# Die neue Verkehrssteuer.

Der dem Bundesrat vorgelegte Entwurf eines Duitungs-  
kempelgesetzes wird heute in der „Norddeutschen Allgemeinen  
Zeitung“ veröffentlicht werden. Ueber den Inhalt des Gesetzentwurfs  
teilt W. L. B. mit:

Dem Duitungsstempel sind grundsätzlich unterworfen  
alle Wertumsätze, die sich in einer Zahlung ausdrücken, mit  
der gesamte Zahlungsverkehr, einerlei in welchen Formen er sich ab-  
wickelt. Es ist jedoch darauf Bedacht genommen, daß der sogenannte  
„bargeldlose Zahlungsverkehr“, an dessen Förderung  
ein gesamtwirtschaftliches Interesse besteht, auch durch den  
Duitungsstempel nicht stärker als der Bargeldverkehr getroffen wird,  
wenn sich ein und derselbe Wertumsatz in einer Vielzahl ban-  
mäßiger Uebertragungen vollzieht. Gegenstand der Be-  
steuerung ist beim Barverkehr die Duitung über die Geld-  
zahlung oder die Tilgung einer Geldschuld, beim bargeldlosen Ver-  
kehr im wesentlichen die Verschreibung über die erfolgte Guthchrift  
des Abwesenden Betrages an den endgültigen Zahlungsempfänger.  
Der Scheckstempel, der bisher eine Sonderbelastung des Bar-  
geldverkehrs ausmachte, kommt mit dem  
Zeitpunkt des Inkrafttretens des Duitungsstempels in Wegfall.  
Frei vom Duitungsstempel sind Zahlungen von  
10 M. und darunter. Der Duitungsstempel ist als Fest-  
stempel gedacht; er beträgt 10 Pf. bei einem Betrage von mehr  
als 10 und nicht mehr als 100 M., 20 Pf. bei Beträgen von mehr  
als 100 M.

Abgesehen von Zahlungen bis zu 10 M. sind eine Reihe von  
Zahlungen vom Duitungsstempel freigestellt, teils zur Ver-  
meidung einer doppelten Besteuerung, teils in Rücksicht auf die  
glatte Abwicklung des Zahlungsverkehrs, teils aus Erwägungen  
sozialer Natur. In letzterer Beziehung kommen vor allem folgende  
Steuerbefreiungen in Betracht:

Arbeits- und Dienstlohn, Gehalt oder sonstige  
Dienstbezüge oder Ruhegehalt, sowie Witwen-, Waisen-  
und Elterngeld.

Zahlungen auf Grund der Reichsversicherung, Zahlungen auf  
Grund einer gesetzlichen Unterhaltspflicht sowie Unterhaltungen,  
Krankengelder und ähnliche Zahlungen aus öffentlichen oder aus  
privaten, nicht auf Gewinn der Unternehmer berechneten Kassen und  
Anstalten;

Zahlungen für Wohnungsmiete, sofern der Mietzins,  
auf das Jahr gerechnet, 360 Mark nicht übersteigt.

Die Durchführung des Grundgesetzes, daß — von den vorbezeich-  
neten Ausnahmen abgesehen — der gesamte Zahlungsverkehr dem  
Duitungsstempel unterliegen soll, ist erforderlich zur Erzielung des  
Betrages von 80 bis 100 Millionen Mark, der aus  
dieser neuen Abgabe erwartet wird; sie ist möglich nur im Wege  
des Duitungszwanges, der seinerseits die Wirkung hat,  
der von einem Duitungsstempel ohne Duitungszwang zu befürch-  
tenden Rechtsunsicherheit vorzubeugen. Der Duitungszwang greift  
nicht bloß für diejenigen Zahlungen, die von dem Duitungsstempel  
befreit sind; außerdem ist der Duitungszwang nicht vorgesehen für  
Zahlungen zur Gewährung von üblichen Gelegenheitsgeschenken,  
Almosen, Beiträgen zu Sammlungen für mildtätige, gemeinnützige  
und kirchliche Zwecke, ebenso nicht für Geldzahlungen zwischen Fa-  
milienangehörigen.

Im bargeldlosen Zahlungsverkehr paßt sich der  
Duitungsstempel den Formen an, in denen sich dieser Verkehr voll-  
zieht. Es ist hier zu unterscheiden zwischen dem Wechsel- und Scheck-  
verkehr und dem Kassenführungsverkehr der Banken, der den Zahlungs-  
überweisungsverkehr in sich schließt.

Der Wechselstempel, der vom Wechsel als einem Kreditinstrument  
erhalten wird, bleibt vom Duitungsstempel unberührt. Dagegen  
erhöht der Scheckstempel, wie erwähnt, nunmehr aufgehoben werden.  
Denn Wechsel oder Schecks oder dazwischen gleichgestellte Papiere in  
Zahlung gegeben werden, so ist hierüber eine versteuerte Duitung  
in gleicher Weise wie bei der Barzahlung auszustellen. Dagegen  
soll die Einlösung eines Wechsels duitungsstempelfrei sein; des-  
gleichen die Einlösung eines Schecks, soweit sie durch Guthchrift,  
also unter Vermeidung der Barauszahlung, erfolgt.

Im Kassenführungsverkehr, also in dem Verkehr, in dem der  
Zahlungsausgleich durch Guthchrift oder Lastschrift auf dem Konto  
eines Guthabensinhabers erfolgt, sind zur Vermeidung einer doppelten  
Besteuerung desselben Zahlungsvorgangs nur die Guthchriften für  
steuerpflichtig erklärt, die Lastschriften aber frei. In der gleichen  
Absicht ist auch dafür Sorge getragen, daß, wenn ein Geldbetrag  
von dem Konto eines Privatbankens einer Bank auf das Konto eines  
Privatbankens einer anderen Bank überwiesen wird, der Zahlungs-  
ausgleich zwischen den Banken sich steuerfrei vollzieht. An Stelle  
der Besteuerung der Verschreibungen über die Guthchriften kann der  
Bundesrat auch eine andere Form der Entrichtung gestatten, ins-  
besondere eine Abrechnung auf Grund der Anschreibungen auf den  
Konten.

Gänzlich unberührt vom Duitungsstempelgesetz bleiben  
die Zahlungen im Zahlungsmittelverkehr der Post, also der  
Postanweisung-, Postnachnahme-, Postauftragsverkehr und die Ein-  
ziehung des Zeitungsbetragsgeldes sowie die Zahlungen, Guth-  
schriften und Lastschriften im Postcheckverkehr, endlich die Zahlungen  
von Gebühren des Post-, Postcheck-, Telegraphen- und Fernspre-  
chverkehrs. Die Heranziehung zu einer steuerlichen Belastung soll hier  
durch die gleichzeitig vorgeschlagene außerordentliche Reichs-  
abgabe erfolgen, die gleichzeitig mit den Post- und Tele-  
graphengebühren nach den für diese geltenden Vorschriften erhoben  
werden soll.

## Aus der Partei.

### Der 5. Berliner Kreis zur Fraktionshaltung.

In einer am Sonntag, den 5. März 1916, stattgefundenen  
Fraktionskonferenz des 5. Kreises wurde nach einem eingehenden  
Referat des Abgeordneten des Kreises, Genossen Robert  
Schmidt, und einem Korreferat des Genossen Ledebour, woran  
sich eine ausgedehnte Diskussion anschloß, nachfolgende Resolution  
mit 45 gegen 30 Stimmen angenommen:

„Die Fraktionskonferenz des 5. Kreises erklärt sich mit der  
Abstimmung der Zwanzig im Reichstag einverstanden. Sie stehen  
nach wie vor auf dem Boden der Parteitagsschlüsse von Dresden,  
Nürnberg und Magdeburg und erkennen keine Parteisituation  
oder Körperschaft das Recht zu, Parteigrundsätze willkürlich aus-  
zusetzen oder abzuändern. Die Konferenz erwartet im Interesse  
eines . . . bei den kommenden Staatsabstimmungen im  
Reichstage, den Abgeordneten des Kreises auf seinen der  
Ablehner zu sehen. Ferner erklärt sie sich mit einer  
Zukunftspolitik, wie sie von selten verschiedener Vertreter der  
Generalkommission und der Partei gefordert und gefördert wird,  
das heißt einer Politik, die den bisherigen sozialdemokratischen An-  
schauungen und Prinzipien entgegensteht, nicht einverstanden.  
Sie fordert von ihrem Vertreter im Reichstag weiterhin unge-  
schwächten Kampf . . . und nicht . . . Aufgabe sozialdemokratischer  
Grundsätze und Forderungen.“

### Stellungnahme zur Fraktionshaltung.

Eine Konferenz der Reichstagswahlkreise München I und II  
unter Hinzuziehung der Vorstände der Gewerkschaften und der  
Delegierten des Gewerkschaftsvereins befaßte sich an fünf Abenden  
mit der Haltung der Reichstagsfraktion. Als Referenten sprachen  
die Genossen Franz Schmidt und Georg Maurer. Ein An-  
trag, auch einen Abgeordneten der Rinderkeit, den Genossen  
Haase, zu hören, wurde abgelehnt. Die Versammlung nahm an  
Schlusse mit 194 gegen 11 Stimmen bei einer Anzahl Stim-  
menthaltungen folgende Resolution an:

„Die Konferenz für die Reichstagswahlkreise München I und II  
erklärt sich einverstanden mit dem Gedanken der Landesver-  
teidigung und der Sicherung des Reiches, der in der Abstimmung

vom 4. August 1914 und in der späteren Bewilligung der Kriegs-  
kredite durch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zum Aus-  
druck kam.“

Die Konferenz ist der Ansicht, daß es sich bei diesen Abstim-  
mungen weder um ein Vertrauensvotum für die Regierung, noch  
um ein Entgegenkommen gegen die bürgerlichen Parteien handelt,  
sondern um die Lebensinteressen des deutschen Volkes und der  
deutschen Arbeiterbewegung.

Die Konferenz bedauert daher das Verhalten der Rinderkeit  
der Reichstagsfraktion am 21. Dezember 1915, weil es die Ge-  
schlossenheit der Partei stört und dadurch der Einfluß der Partei  
auf die Entscheidungen der inneren und äußeren Politik gefährdet  
werden kann und weil durch dieses Auseinanderfallen die Verbe-  
trauen der Partei geschwächt wird.

Die Konferenz verurteilt auf das allerentschiedenste die unsach-  
liche und persönliche Art, in der auch in dieser Frage von Partei-  
genossen gegeneinander gekämpft wurde, und verlangt von den  
Parteiinstanzen, daß diesem unsachlichen Kampfe sowie den Spal-  
tungsbestrebungen entschieden als bisher entgegengetreten wird.  
Die Konferenz beauftragt den Parteivorstand, wie bisher mit  
allen geeigneten Mitteln auf die Vermeidung des Krieges hin-  
zuwirken und trotz des bedauerlichen Verhaltens namentlich der  
Reihe der französischen sozialistischen Parteitag wieder interna-  
tionale Fühlung zu suchen.

Von der Reichstagsfraktion erwartet die Konferenz, daß sie  
noch nachdrücklicher als bisher in voller Geschlossenheit die Be-  
seitigung der außerordentlichen Mißstände in der Sicherstellung des  
Lebensbedarfs rücksichtslos erkämpft, damit dem herrschenden  
Spekulantenruß und dem landesverräterischen Wucher schonungs-  
los das Handwerk gelegt wird.

Angeichts der gewaltigen wirtschaftlichen und politischen Pro-  
bleme, die dieser Weltkrieg gerade der arbeitenden Klasse stellt,  
erachtet die Konferenz ein einiges, geschlossenes, vom Geiste brüder-  
licher Demokratie getragenes Handeln aller verantwortlichen  
Parteiinstanzen und Parteimitglieder für ebenso unbedingt erforder-  
lich wie eine rasige Vorbereitung aller für unsere Organisation  
und Presse.“

### Mit der Lebensmittelversorgung

Beschäftigten sich in Chemnitz die Ausschußvertreter der Partei-  
organisation des 18. sächsischen Wahlkreises. Nach eingehender  
Aussprache wurde eine Anzahl Leitsätze angenommen, wie solche  
im wesentlichen auch von der obersten Parteinstanz festgelegt wor-  
den sind. Außerdem wird gefordert die Freigabe der Erdatzung  
von Mißständen auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung durch  
Presse und Versammlungen. Die Debatte gipfelte vor allem aber  
in dem Verlangen nach wirklich durchgreifenden Maßnahmen.

### Eine Erwiderung Feines.

Bezugnehmend auf die von uns in der Sonnabendnummer  
abgedruckte Erklärung des Genossen E. D. Bernstein erwidert uns  
Genosse Feine um die Aufnahme nachstehender Erwiderung:

„Es ist mir nicht eingefallen, alle 20 Teilnehmer an der  
Sonderfraktion außerhalb der deutschen Sozialdemokratie  
stellen zu wollen. Gerade weil ich sie für Sozialdemokraten halte,  
bitte ich sie, sich durch die Tatsachen belehren zu lassen. Aber Leute  
vom Schlage Kühles und Liebnechts noch zu uns zu rechnen, habe  
ich keine Veranlassung.“

Es fällt mir nicht ein, zu bestreiten, daß die meisten der  
Zwangig auch die Pflicht zur Verteidigung des Vaterlandes prin-  
zipiell anerkennen; täten sie das nicht, so würde ich kein Wort an  
sie verschwenden. Bernstein unterstellt mir etwas, das ich nicht  
gesagt habe.

Wohl aber leide ich aus dieser Verteidigungspflicht auch die  
Pflicht des Abgeordneten her, im Kriege dem Vaterlande die Mittel  
zu seiner Verteidigung zu gewähren.

Ich habe nicht, wie Bernstein behauptet, die äußere Lage  
Deutschlands im schwärzesten Lichte dargestellt, sondern habe  
nach unbestreitbaren Äußerungen unserer Feinde deren Absich-  
ten gegen Deutschland festgesetzt. Daraufhin spricht mir Bern-  
stein Verständnis für die Gedankenwelt der weiblichen Demo-  
kratie ab. Er hätte statt dessen lieber beweisen sollen, daß er  
Verständnis für die Bedürfnisse des deutschen Volkes,  
also auch der deutschen Demokratie hat, indem er auf  
die Fragen eingegangen wäre, die ich an die Zwanzig gerichtet  
habe: Ich hätte diese gefragt, ob sie nach den Vorgängen in den  
Budgetkommissionen des Reichstages und des Landtages noch be-  
haupten wollen, die Politik gewisser privater Kreise wäre die des  
deutschen Reiches, ob sie nach den Äußerungen des Auslands zu  
der Rede des Kanzlers noch dabei bleiben, daß Deutschland es  
wäre, das sich nicht zum Frieden bereit erklärte, ob sie noch be-  
streiten, daß die Feinde Deutschland politisch und  
wirtschaftlich Vernichtung androhen, ob sie noch nicht  
zugeben, daß Deutschland deshalb alle Mittel zur Abwehr bereit-  
stellen müsse, ob sie jetzt anerkennen, daß der Sieg noch nicht er-  
rungen, unser Land noch nicht gesichert, der Friede noch nicht von  
dem guten Willen der Regierung abhängig sei, ob sie nun einsehen,  
daß die Aktion der Zwanzig, anstatt wie sie glauben, dem Frieden  
und den Interessen der Arbeiterklasse zu nützen, sie in Wahrheit  
schädigt?

Auf alles dieses gibt Bernstein keine Antwort. Aber er hält  
mir die Kommenalität vor, die Arbeiterinternationale wieder her-  
zustellen. Niemand kann mehr als ich den Wunsch haben, daß die  
Völker sich verständigen und internationale Beziehungen wieder an-  
knüpfen. Ich habe mich auch deutlich genug gegen jede Völker-  
verhöhnung gewendet. Aber freilich halte ich es für unsere nächste  
Pflicht, Deutschland, das heißt seine staatliche Unversehrtheit  
und Macht, sein Wirtschaftsleben und seine Kultur zu erhalten.  
Ergibt sich dies als Nebenprodukt, kann an die neue Herstellung einer  
Internationalen gedacht werden, von der der Stuttgarter inter-  
nationale Sozialistenkongress ausdrücklich festgesetzt hat, daß sie die  
Existenz der Nationen zur Voraussetzung habe.“

Wolfgang Feine.“

## Aus Groß-Berlin.

### Ein „Wohlbemittelter“.

Na, daß ich ein Rinderbemittelter wäre!  
Nach meiner Meinung bin ich es ja. Aber die Brot-  
kommission glaubt es mir nicht. Sie hält mich für einen  
„Wohlbemittelten“, und das hat gewisse Schattenseiten.

Ich gebe zu: In normalen Zeiten konnte man allen-  
falls darüber streiten, ob ich diesseits oder jenseits der schwer  
bestimmbaren Grenze liege, welche die Menschen in Rinder-  
bemittelte und Wohlbemittelte scheidet. — Aber jetzt, in dieser  
Zeit der Teuerung? — Du lieber Himmel! — Ein Zeitungs-  
schreiber kann keine Kriegsgewinne einheimsen. Von Kriegs-  
und Teuerungszulagen haben wir wohl aus anderen Berufen  
gehört, aber in unserem Berufe gibt es so was nicht. Mit  
der Arbeitslosigkeit und den Einkünften eines sogenannten  
„freien Schriftstellers“, der nicht umgelernt hat, ist es jetzt  
man so, so.

Also, ich bin ein Rinderbemittelter, gelte aber offiziell als  
„wohlbemittelt“. Eine Wertschätzung, die ich nicht meinem  
Einkommen, sondern lediglich meiner Berufsbezeichnung zu  
danken habe. Aber diese Ueberschätzung meines Wertes hat den  
Nachteil, daß ich keine Lebensmittel aus den städtischen Vor-  
räten kaufen darf. — Na, ich habe mich damit abgefunden,  
wie mit manchen anderen Erscheinungen dieser Zeit. So  
ertrage ich den Mangel an Butter und sonstigem Fett zwar  
ungern, doch mit leidlichem Humor. Wenn ich schließlich

mein Brot sogar ohne jeden Zusatz verzehren müßte, so wird  
mir das erleichtert durch die Erinnerung an meine Jugend.  
Da war ich froh, wenn ich mich in trockenem Brot sattessen  
und es mit Zichorienkaffee hinunterspülen konnte. Allerdings:  
Jetzt ist ja die Brotration etwas knapp. Als „Wohlbemittelter“  
und nicht körperlich schwer Arbeitender bekomme ich keine  
Zusatzkarte. Aber auch darüber komme ich hinweg, so lange  
ich Kartoffeln in ausreichendem Maße habe. Die  
esse ich, wenn sie gut sind, sogar sehr gerne.

Nun fehlt mir schon seit mehr als einer Woche dieser  
wichtige Bestandteil meiner Nahrung. In der proletarischen  
Stadtgegend, wo ich wohne, sind weit und breit keine Kar-  
toffeln zu haben. Wenn sich die Gelegenheit bot, ging ich an  
den letzten Tagen durch die Markthalle eines anderen Stadt-  
teils. Da sind vier städtische Verkaufsstellen, reichlich mit  
Kartoffeln versehen und von Käufern umdrängt. Doch  
für mich bleibt dieses Nahrungsmittel unerreichbar. Werde ich  
doch zu den „Wohlbemittelten“ gerechnet und darf deshalb  
für gutes Geld städtische Kartoffeln nicht kaufen. Die Ver-  
kaufsstände der privaten Kartoffelhändler aber stehen leer!

### Alte Ware zu neuen Preisen!

Der Sachausschuß der Preisprüfstelle Groß-Berlin hat  
Anlaß gehabt, die Preisauflage einer hiesigen Großhandelsfirma  
zu beanstanden, welche für alte, zu billigen Einkaufspreisen gekaufte  
Bestände annähernd die Marktpreise verlangt. Der Sachaus-  
schuß kann diese Preisstellung in Erfüllung der ihm obliegenden  
Pflichten grundsätzlich nicht zugestehen und sieht hierin einen Verstoß  
gegen die Bundesratsverordnung gegen übermäßige Preissteigerung  
vom 23. Juli 1915, durch welche gerade jeder durch den  
Krieg ermöglichte Konjunkturgewinn für Gegenstände des  
täglichen Bedarfs verhindert werden soll. Nach dieser Ver-  
ordnung wird bestraft, wer für solche Waren „Preise fordert, die  
unter Berücksichtigung der gesamten Verhältnisse, insbesondere der  
Marktlage, einen übermäßigen Gewinn enthalten oder solche Preise  
sich oder einem anderen gewöhnen oder versprechen läßt“. . .  
Demnach ist für die Beurteilung der Frage, ob ein Konjunktur-  
gewinn vorliegt, nicht der Marktpreis allein der Maßstab, wie viel-  
fach irtümlich der Handel meint, sondern es sind die gesamten Ver-  
hältnisse zu berücksichtigen, unter denen der Einkaufspreis nur eine  
wichtige Rolle spielt.

### Die Zuteilung der Butter.

Zur Vorbereitung der Austeilung von Butterkarten soll jeder  
das Mittelstück seiner vorwöchigen Brotkarte bei seinem Butter-  
verkäufer abgeben. Es mag nochmals hervorgehoben werden, daß  
es sich hierbei darum handelt, der Behörde den Ueberblick darüber  
zu geben, an welchen Stellen der Stadt das Publikum die Butter  
verlangt. Jeder einzelne ist daher an der Befolgung der Vorschrift  
lebhaft interessiert. Die Bestimmung, daß der Ankauf der Butter  
selbst nur gegen Vorlegung der laufenden Brotkarte erfolgen  
darf, bleibt einstweilen selbstverständlich in Kraft.

Im Publikum ist die Meinung verbreitet, daß die Butter-  
versorgung in der neu geplanten Form schon in dieser Woche vor sich  
geht. Das ist ein Irrtum. Die neue Verordnung tritt erst am  
20. März in Kraft.

### Konferven-Wucher.

In der „Deutschen Schächt- und Viehhofzeitung“ berichtet der  
Berliner städtische Obertierarzt Dr. Junack über eine Erfahrung,  
die er mit Konfervenfest machte. Herr Dr. Junack kaufte vor einiger  
Zeit in einem Laden im Osten Berlins 1/4 Pfd. einer als „Veber-  
schmalz“ angezeigten Ware zum Preise von 45 Pf., deren Preis  
pro Pfund sich nach Abzug der Packung auf 1,92 M. stellte. Das  
Präparat war eine bräunliche, feste und stark gepfefferte Masse.  
Die nähere Analyse ergab folgende Zusammensetzung: Trocken-  
substanz 22 Proz., Fett 4 Proz., Leberbestandteile waren  
nicht nachzuweisen. Für 45 Pf. erhält der Käufer also  
in seinen 125 Gramm Ware 92,5 Gramm Wasser, 5 Gramm  
Fett, 18 Gramm Stärke, viele zerleinerte Pfefferkörner, 4,5 Gramm  
Fleischfasern und Blutbestandteile; auf die heutigen Preise um-  
gerechnet ist der Fett-, Stärke- und Eiweißgehalt der für 45 Pf.  
gekauften Ware auf 5 Pf. zu veranschlagen; dem Käufer wird also  
das Reunfache des realen Wertes abverlangt.  
Genauwert ist bei diesem Leberfettmehl zuzusetzen gar nicht vorhanden.  
Die Konfervendose trug keine volle Firmenbezeichnung, sie stammte  
nach der Ansicht des Herrn Dr. Junack, die durch seine sonstigen Er-  
fahrungen auf diesem Gebiete gestützt ist, wahrscheinlich aus Däne-  
mark. Mit um so größerem Bedenken muß man derartige ausländische  
Fettfälschungen betrachten, als nach Zeitungsanzeigen in Dänemark  
auch eingegangenes Vieh dort zu hohen Preisen nachgefragt wird.  
Vermutlich ist die Ware in großen Mengen nach Deutschland ge-  
bracht worden. Der heringsartige Geruch dieses „Leberfettmehls“  
läßt darauf schließen, daß die beigegebenen Fleischfasern aus Fisch-  
fleisch irgendwelcher Art bestehen.

Diesem Wucher und Schwindel ließe sich mit Leichtigkeit Be-  
gegnen, wenn eine Verordnung erlassen würde, wonach auf jeder  
Konfervendose in deutlicher, nicht verlöschbarer Schrift der Name  
und Wohnort des Herstellers und die Bestandteile des Inhalts nach  
Gewicht angegeben werden müssen.

### Öffentlicher Weg?

In einem Rechtsstreit zwischen dem Prinzen Friedrich  
Leopold von Preußen und dem Amtsdorfteiler von Klein-  
Glienicke handelte es sich um die Frage der Öffentlichkeit  
eines Weges, der vor langer Zeit ein Teil der alten Dorf-  
straße war, jetzt aber im Privatbesitz des Prinzen steht.

Die fraglichen Parzellen stellen auch jetzt noch einen Weg dar,  
der parallel mit der Kurfürststraße zu Klein-  
Glienicke läuft und an dem einen Ende in die Dorfstraße, bei der  
Karlstraße, mündet, während er mit dem anderen Ende auf die  
Wannestraße stößt. Am Anfang und am Ende des Weges stehen  
Fasseln mit der Aufschrift „Privatweg“. Die Gemeinde hatte seiner-  
zeit vergeblich das Hofmarschallamt des Prinzen darum gebeten,  
den Weg für den öffentlichen Verkehr freizugeben. Später erließ  
durch die Amtsdorfteiler eine wegepolizeiliche Verfügung,  
durch die er den Weg, also die beiden ihn bildenden Parzellen, für  
den öffentlichen Verkehr in Anspruch nahm und zugleich  
die Besetzung der beiden Fasseln verfügte.

Prinz Friedrich Leopold löst die Verfügung  
durch die Klage an. Der Kreisaußschuß in Teltow gab  
der Klage statt und hob die Verfügung des Amtsdorfteilers auf.  
Der Bezirksauschuß in Potsdam bestätigte das Urteil. Das  
Oberverwaltungsgericht hat nunmehr aus rechtlichen  
Gründen das Urteil dahin abgeändert, daß die eine Parzelle einen  
öffentlichen Weg darstelle, die andere aber nicht.

Ein eigenartiger Zustand. Man darf jetzt den Weg ein Stück  
hinweggehen, muß dann aber wieder umkehren, um nicht mit den  
Interessen des Privateigentümers in Konflikt zu geraten. Oder wird  
nunmehr das Hofmarschallamt des Prinzen den öffentlichen Durch-  
gang durch den ganzen Weg freigeben?

In Berlin ergriffen wurde der 17 Jahre alte Bankbote Max  
Reinhold aus Chemnitz, der dort einem Prokuristen 900 Mark ge-  
stohlen hatte. Der Verhaftete hatte sich gleich hierher gewandt, um  
in der Großstadt unterzutauken.

### Das Handwerk gelegt.

Dem Reichskonsulenten Linus Weis, hier, Gormannstraße 3 und Rosenthaler Straße 60, ist durch Verfügung des Oberkommandos in den Marken wegen Unzuverlässigkeit auf Grund des § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand die Beforgung fremder Reichsangelegenheiten verboten worden.

Für 40 000 M. Leder erbeuteten Einbrecher in der vergangenen Nacht in der Lederfabrik von Giesler in der Kaiser-Friedrich-Straße 254 zu Neudölln. Sie suchten sich mit Sachkenntnis das beste Sohlenleder aus und schafften es wahrscheinlich mit einem Handwagen weg. Auf die Wiederbeschaffung der Leude ist eine angemessene Belohnung ausgesetzt. Alle Mitteilungen über ihren Verbleib nimmt die Neudöllner Kriminalpolizei im Zimmer 52 entgegen.

Die städtische Kochschule in der Dunderstr. 65/66, in der Nähe der Ringbahnhaltestelle Schönhauser Allee und Prenzlauer Allee und der Hochbahnhaltestelle Danziger Straße, hält Tages- und Abendkurse ab.

Das Sommerhalbjahr beginnt am 3. April 1916. Der Unterricht wird vormittags von 8 Uhr bis 12 Uhr und abends von 6 Uhr bis 9 Uhr erteilt. Das Schulgeld beträgt für ein halbes Jahr bei einmaligen wöchentlichen Besuchen 6 M., bei zweimaligen wöchentlichen Besuchen 12 M. und berechtigt zur unentgeltlichen Teilnahme an einem Schneider- und Plättkursus in einer städtischen Fortbildungsschule.

Auswärtige zahlen doppeltes Schulgeld. Nähere Auskunft wird mündlich und schriftlich erteilt. Anmeldungen werden in der städtischen Kochschule, Dunderstr. 65/66, Donnerstag, Sonnabend mittags von 12—1 Uhr (vom 15. bis zum 30. März, vom 7. April bis zum 15. April, auch Sonntag, Donnerstag 8—9 Uhr abends) entgegengenommen.

Mit 700 Mark durchgebrannt ist der 23 Jahre alte Dreiradfahrer Martin Libera aus der Sietziner Straße, der in der Kasse-Groß-Wäscherei von Raab, Friedrichstr. 202, beschäftigt war. Libera hatte am vergangenen Sonnabend für 700 Mark Kasse an die Kundschaft ausgeführt und das Geld gegen Quittung einzuziehen. Er bezogte das auch, ließ dann aber das leere Rad auf dem Hügelplatz stehen und behielt das Geld für sich. Er ist noch nicht ermittelt.

Ein tödlicher Straßenunfall hat sich am Sonnabend am Spittelmarkt ereignet. Dort wollte an der Ecke der Seydelstraße ein Herr Oskar Ritter einen Straßenbahnwagen der Linie 91 während der Fahrt besteigen. Er kam jedoch dabei zu Fall und zog sich bei dem Sturz auf das Straßenpflaster einen schweren Schädelbruch zu. Dieser Verletzung erlag R. auf der nahen Unfallstation, wohin er gebracht worden war.

Im Wintergarten ging nunmehr Burg und Lauffeinst auskräftiger Operetteneinakter „Die schöne Komödiantin“ mit unermindeterm Erfolg mehr als fünfzigmal in Szene. — Der bunte Teil des Programms bietet in seiner neuen Zusammenstellung wieder eine reichhaltige und erlebte Fülle erstklassiger Varietékunst. Der Kunstpfeifer Giardini fesselt durch seinen reinen und geschulten Vortrag. Der Pianist und Schleifentanz der Spiegelgängerin La Voquita ist reich an wundervollen Effekten. Erlauntes an equilibristischen und gymnastischen Künsten bietet die Gruppe „Das lebende Bildzeug“. Die von A. Salge gestellten klassisch wirkenden Marmorbilder halten sich im Rahmen erster hoher Schönheit. Die Tierdressuren, die Ernst Pargina mit seinen Papageien und Theresie Menz mit ihrem Elefanten, ihren Pferden und ihrem Hund vorführen, fordern lauten Beifall heraus. Elegant, schön und sicher wirken die Weigen- und Gruppenläufe der Rollschuhläuferinnen. Schließlich trugen auch Karl und Camillo Schwarz mit ihrer geschickt durchgeführten Burleske „Der zerbrochene Spiegel“ einen vollen Erfolg davon.

Streifenperrung. Die Dranienstraße zwischen der Dranienbrücke und der Halberstraße wird wegen Gleisarbeiten vom 8. März ab auf ungefähr 6 Wochen für den ganzen Fahrverkehr gesperrt.

## Aus den Gemeinden.

### Kreistag Niederbarnim.

Die nächste Sitzung des Kreistages Niederbarnim findet am Dienstag, den 21. März d. J., im Kreishause statt. Die Tagesordnung enthält 21 Punkte, von denen einige öffentliches Interesse haben. So soll die Uebernahme des Wasserwerkes der Gemeinde Heinersdorf durch den Kreis erfolgen, um eine gemeinsame Versorgung mit Wasser von Heinersdorf und Buchholz unter Führung des Kreises zu ermöglichen. Die noch nicht ganz 1000 Einwohner zählende Gemeinde Heinersdorf hat im Jahre 1910 ein Wasserwerk mit einem Kostenaufwand von 189 000 M. erbaut, das in Erwartung einer größeren Bevölkerungszunahme wesentlich größer angelegt wurde, als dem Anfangsbedarf entsprach. Die erwartete Zunahme der Bevölkerung ist aber ausgeblieben und die Folge davon ist die Unrentabilität des Werkes. Wird nun die fünfmal größere Gemeinde Buchholz unter der Führung des Kreises an dieses Werk angegliedert, so ergibt sich erstens größere Rentabilität, und zweitens können auch die benachbarten Gemeinden Wankenburg und Starow des Segens einer Wasserleitung schneller teilhaftig werden, als das sonst der Fall wäre. Finanziell gestaltet sich die Sache folgendermaßen. Der Kreis tritt in die Verbindlichkeiten der Gemeinde Heinersdorf im Betrage der oben genannten 189 000 M. ein. Die Herstellungskosten einer Verbindungslinie Heinersdorf—Buchholz betragen 61 000 M. und sollen durch ein mit 4 1/2 Proz. verzinsliches Darlehen bei der Kreisparlasse aufgebracht werden. Für die Deckung vielleicht zu erwartender Mindereinnahmen der ersten Zeit wird der Anteil des Kreises an der Reichszunachsteuer herangezogen.

Ein anderer Punkt der Tagesordnung betrifft die Bewilligung eines weiteren Kredits zur Zahlung der gesetzlichen Familienunterstützung und der dazu gehörigen Kreiszuschläge. Die Ausgaben sind durch neue Einberufungen fortgesetzt gestiegen. Wenn im Monat Januar waren dafür 1 790 000 M. erforderlich. Da die vorhandenen Mittel erschöpft sind, wird vom Kreistage einschließlich der bereits bewilligten Summen ein Gesamtkredit bis zur Höhe von 15 Millionen Mark gefordert werden. Ueber die Tilgung dieser als Darlehen aufgenommenen Mittel soll kein Bescheid gefasst werden.

Eine weitere Vorlage verlangt die Ausgabe vierprozentiger Schuldverschreibungen des Kreises Niederbarnim bis zur Höhe von 29 Millionen Mark, um für die Kreisparlasse vorübergehend flüssige Mittel zu beschaffen.

### Neuregelung der Kartoffelversorgung in Schöneberg.

Zur besseren Regelung der Versorgung der Einwohner mit Kartoffeln hat der Magistrat die Stadt in drei Versorgungsgebiete eingeteilt, deren jedes von einem Kartoffelgroßhändler versorgt wird, und zwar in der Weise, daß jeder in einem dieser drei Gebiete wohnende Kleinbändler die von ihm benötigte Menge Kartoffeln von seinem für ihn bestimmten Großhändler erhält. Am gestrigen Tage, von dem an die Einteilung Platz greift, sind wieder 20 Waggons guter Spelfelkartoffeln eingetroffen, die in der angegebenen Art verteilt werden. Der Preis beträgt augenblicklich noch 4 M. für den Zentner.

### Keine Erhöhung der Steuerzuschläge in Spandau.

Wie der Magistrat bekannt gibt, sollen die bisher gezahlten 150 Proz. Steuerzuschlag auch für das neue Finanzjahr bestehen bleiben. Spandau gehört zu den wenigen Städten, in denen sich die Finanzlage während des Krieges nicht verschlechtert, sondern eher noch gebessert hat, da Arbeitslosigkeit infolge der Masseneinstellungen in den kriegl. Fabriken nicht vorhanden war. Die Staatsarbeiter haben bisher durch Sammlungen etwa 850 000 M. aufgebracht

und zur Unterstützung der Familien der Kriegsteilnehmer an die Stadtkasse abgeführt. Da Spandauer Kriegserfrauen bei der Einstellung in den krieglichen Fabriken bevorzugt werden und insbesondere auf kinderlose Kriegserfrauen ein Druck auf Arbeitsaufnahme ausgeübt wird, spart die Stadt große Summen an Unterstützungsgeldern. Der Elektrizitäts-Etat weist so große Ueberschüsse auf, daß es möglich war, die Kilowattstunde um 3 Pf. zu verbilligen. Verhältnissen ist auch die lange Jahre bestehende Minderwogensteuer, die allerdings nur einen lächerlich geringen Betrag brachte. Bedauerlicherweise ist die 4-M.-Steuerstufe für Personen mit einem Einkommen unter 900 M., trotzdem ein diesbezüglicher Antrag der Stadtverordneten vorlag, nicht aufgehoben worden. Außerordentlich stark gehoben hat sich der Straßenbahnverkehr, so daß es der Straßenbahndirektion trotz größerer Einstellung von Arbeitern nicht möglich ist, den gewaltigen Verkehr zu bewältigen.

### Krankenkassen-Auswahlwahlen in Brix.

Zu den bevorstehenden Auswahlwahlen für die Arbeitnehmer der Brixer Ortskrankenkasse werden die bei obiger Kasse Versicherten sowohl als auch die Vertrauensleute der einzelnen Betriebe ersucht, bis spätestens 15. März beim Dömann der Unterkommission Genossen A. Hendrichs, Neudölln, Thomasstr. 26, geeignete Vorschläge einzureichen. Zu wählen sind 20 Auswahlmittelglieder, 40 erste und 40 zweite Ersatzmitglieder. Wählbar ist jede über 21 Jahre alte bei obiger Kasse versicherte männliche oder weibliche Person. Berliner Gewerkschaftskommission, Bezirk Neudölln-Brix.

## Soziales.

### Eine Tänzerin ohne Gage.

Ein Engagementsvertrag, durch den die Unternehmerin ihr geschäftliches Risiko auf die Arbeitnehmerin abzuwälzen sucht, unterlag der Beurteilung der Kammer 6 des Gewerbegerichts. Es handelt sich um einen Fall aus Artistenkreisen. Die Beklagte, Frau Ida Bauer, hatte als Ensembleleiterin vier Tänzerinnen engagiert, eine akrobatische Tanznummer mit ihnen eingelebt und suchte für diese Nummer Engagements in Varietés. Frau Bauer war also ihren Tänzerinnen gegenüber Arbeitgeberin, die durch das Auftreten ihrer Truppe Geschäfte machen wollte. Derartige Verhältnisse sind im Artistengewerbe alltägliche Erscheinungen. Ein Mitglied der Truppe war die Klägerin, Fräulein Tilla Vincus. Sie wurde Mitte Oktober von der Beklagten engagiert gegen eine Monatsgage von 120 M. Nach dem Engagementsvertrag sollte die Klägerin die Proben unentgeltlich mitmachen, Gage erst vom Tage des öffentlichen Auftretens ab erhalten und zwar die volle Gage nur für die Zeit, wo die Truppe ein Engagement hat und die halbe Gage für die Zeit, wo die Truppe ohne Engagement sein würde. Die übrigen Mitglieder der Truppe wurden von der Beklagten erst am 1. Dezember engagiert. Dann begannen die Proben, die einige Wochen dauerten. Darauf wartete Frau Bauer auf Engagement für die Truppe, bekam aber keins und löste die Truppe im Januar wieder auf. Nach dem Wortlaut des Vertrages hätte nun die Klägerin für die drei Monate, wo sie bei der Beklagten im Engagementsverhältnis stand, keinen Pfennig zu beanspruchen, denn die Truppe war ja nie öffentlich aufgetreten. Die Beklagte glaubte aber besonders großmütig zu sein, indem sie Fräulein Vincus für jeden Monat 30 M. zahlte. Doch diese war damit nicht zufrieden, sondern beantragte durch ihre Klage Zahlung der halben Gage, also noch 30 M. pro Monat. Der gerichtliche Sachverständige für Artistenangelegenheiten, Vorsitzender der Internationalen Artistenloge, Guldermann-Konorah, den das Gericht zur Abgabe eines Gutachtens geladen hatte, befandet, der vorliegende Vertrag widerspreche den im Artistenberuf üblichen Gepflogenheiten. Letztlich sei, daß für die Zeit, wo eine neue Nummer einstudiert wird, Subsistenzgage oder freie Verpflegung gewährt und dann für die engagementslose Zeit die Hälfte, für die Zeit, wo die Truppe im Engagement steht, die volle Gage gezahlt werde. Daß der Leiter einer Truppe für die Zeit, wo er kein Engagement für die Truppe hat, den Mitgliedern die sogenannte Pausiergage zahle, sei als Unternehmerisiko anzusehen. Auf Grund dieses Gutachtens kam das Gericht zu dem Standpunkt, der Vertrag enthalte für die Klägerin unzulässige Härten, er stehe mit den im Gewerbe herrschenden Gebräuchen in sehr im Widerspruch, daß er nicht als bindend angesehen werden könne. Die Klägerin habe für die ersten vier Wochen die Subsistenzgage und für die folgende Zeit die Pausiergage zu beanspruchen. Hierauf schlossen die Parteien einen Vergleich, wonach die Klägerin 60 M. bekommt.

### Kommunale Steuerfreiheit der Generalsuperintendenten.

Geistliche sind nach der Verordnung von 1867 hinsichtlich ihres Dienst Einkommens von der Gemeindeeinkommensteuer frei. Mit Rücksicht auf die entsprechenden Vorstände beanspruchte Herr Dr. Kehler in Berlin, Pfarrer an St. Matthäi und Generalsuperintendent für die Neumark und Niederlausitz, durch Klage gegen den Berliner Magistrat keine gänzliche Freistellung von der Gemeindeeinkommensteuer, zu der er für das Jahr 1913 mit 146 M. herangezogen worden war. Es kam nur Dienst Einkommen in Frage. Der Magistrat trat dem Klageanspruch entgegen. Herr Kehler sei im Hauptamt Generalsuperintendent und als solcher Staatsdiener. Da er für das mit seinem Amt als Generalsuperintendent verbundene Pfarramt von der Pfarrkirchensteuer kein besonderes Gehalt bekomme, so stehe ihm nicht die gänzliche Freiheit von der Gemeindeeinkommensteuer zu, die nach der Verordnung von 1867 den „Kirchenbeamten“ (Geistlichen) zuläme. Das Steuerrecht der Staatsbeamten — Heranziehung nur nach dem halben Dienst Einkommen — sei schon bei der Heranziehung des Klägers berührt worden.

Der Bezirksauschuss stellte aber Herrn Kehler gänzlich von der Gemeindeeinkommensteuer frei.

Das Oberverwaltungsgericht bestätigte am Montag die gänzliche Freistellung und führte aus: Der Gerichtshof stehe auf dem Standpunkt, daß alle Generalsuperintendenten, auch wenn sie nicht an einer bestimmten Pfarrstelle angestellt sind, ein geistliches Amt in der evangelischen Landeskirche bekleiden und das Steuerrecht der Geistlichen genießen.

## Berichtszeitung.

### Doppelhe.

Unter der Anklage der Doppelhe stand gestern die Frau Minna Karoline Reetz geb. Frank vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I.

Die Angeklagte hatte im Jahre 1903 in Köslin einen Arbeiter geheiratet, mit dem sie dann in sehr unglücklicher Ehe lebte. Ihr Ehemann war ein Säufler, der sie arg mißhandelte. Sie machte eines Tages kurzen Prozeß und ließ ihm davon. Sie vermietete sich, um von dem Manne nicht gefunden zu werden, unter dem Namen einer Bekannten namens Virholz, die ihr ihren Geburtschein überlassen hatte. Im Jahre 1907, als ihr erster Mann noch lebte, ging sie eine neue Ehe mit einem Landarbeiter Reetz ein, wobei sie sich dem Standesbeamten gegenüber des Mädchennamens Virholz unter Vorweisung des Geburtscheins bediente. Erst nachdem sie ein paar Jahre wieder verheiratet war, starb ihr erster Ehemann, indem er in der Trunkenheit von einem Wagen herunter fiel und sich den Schädel zerstückte. Mit dem neuen Ehemann, der jetzt im Felde steht und dem sie zwei Kinder geschenkt hat, lebt die Angeklagte in glücklicher Ehe. Die ganze Sache ist durch Zufall gelegentlich eines gerichtlichen Aktes ans Tageslicht gekommen.

Das Gericht verurteilte die Angeklagte zur geringsten zulässigen Strafe von 6 Monaten Gefängnis. Man darf wohl erwarten, daß eine Vollstreckung der Strafe nicht erfolgen wird.

## Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 472 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:

Infanterie usw.: Garde; 4. Garde-Reg. 5. B.; Garde-Pulv.-Reg.; Garde-Reg.-Jäger-Bataillon. Grenadier-, Infanterie- oder Jäger-Regimenter Nr. 1, 2, 7, 9, 12, 14, 16, 19 (s. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 222 und Befah.-Reg. Nr. 3 Bosen der Befah.-Brig. Nr. 2 [Rüdiger]), 24 (s. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 222), 31, 33, 35, 39, 42, 43, 44, 58 (s. Befah.-Reg. Nr. 3 Bosen der Befah.-Brig. Nr. 2 [Rüdiger]), 67, 70, 74, 78, 81 bis einschl. 88, 89, 91 bis einschl. 97, 99, 100 (s. Fernspr.-Abt. Nr. 14), 110 bis einschl. 114, 118 (s. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 222), 128 bis einschl. 131, 136, 137, 138, 140, 141, 144 (s. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 222), 146, 147, 148, 150 bis einschl. 153, 154 (s. Befah.-Reg. Nr. 3 Bosen der Befah.-Brig. Nr. 2 [Rüdiger]), 155 bis einschl. 161, 163, 164, 166, 167, 169, 170, 171, 173, 189, 193, 373 bis einschl. 377. Ref.-Inf.-Regimenter Nr. 3, 5 (s. Inf.-Reg. Nr. 375), 7, 8, 9, 11, 34, 35, 67 bis einschl. 70, 79, 81 bis einschl. 84, 87, 88, 93, 98, 99, 111, 118, 130, 201 (s. auch Ref.-Inf.-Reg. Nr. 11), 203, 204, 205, 207, 208, 209, 212 bis einschl. 219, 221 bis einschl. 224. Inf.-Regimenter Königsberg Nr. 2 (s. Inf.-Reg. Nr. 376) und Hoffmann. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 4. Landw.-Inf.-Regimenter Nr. 2, 7, 10, 11, 15, 18 (s. Landw.-Inf.-Reg. Nr. 84), 35, 76, 83, 84, 93, 99, 118. Befahungs-Regimenter Nr. 2 Bosen der Befah.-Brig. Nr. 1 (Duffin) und 3 Bosen der Befah.-Brig. Nr. 2 (Rüdiger). Landst.-Inf.-Bataillon Tüft (s. Ref.-Inf.-Reg. Hoffmann). Jäger-Bataillone Nr. 4, 11, 14. Heilungs-Radf.-Komp. Neubrück. Maschinengewehr-Abt. Nr. 3; Maschinengewehr-Ergänzungszug Nr. 339 (s. Inf.-Reg. Nr. 92). Kavallerie: Dragoner Nr. 4, 21, 24. Husaren Nr. 1, 12, 14, 16, 17. Mlanen Nr. 11. Jäger zu Pferde Nr. 3 und 13. Kav.-Reg. Nr. 85. Feldartillerie: 4. Garde-Reg. Regiment Nr. 2, 17, 24, 38, 45, 46, 75, 92, 108; Ref.-Regimenter Nr. 11, 21, 239, 1. Landst.-Batterie des 6. Armeekorps. Fuhrartillerie: Regiment Nr. 6, 7, 9; Ref.-Reg. Nr. 7. Pioniere: III. Garde-Pionier-Bataillon. Reg. Nr. 23. Bataillone: I. Nr. 2, I. Nr. 9, II. Nr. 11, II. Nr. 15. Kompagnie Nr. 104; Ref.-Komp. Nr. 82; 2. Landw.-Komp. des 18. Armeekorps. Minenwerfer-Kompagnien Nr. 162, 246, 312. Verkehrsgruppen: Militär-Eisenbahn-Betriebsamt Gent I. Eisenbahn-Hilfs-Bataillon Nr. 4. Telegraphen Bataillon Nr. 2. Armeekorps-Fernspr.-Abt. Nr. 14; Fernspr.-Abt. Nr. 14. Feldfliegertruppe. Kraftfahr-Bataillon. Train-Abt. Nr. 2. Leichte Probantkolonne Nr. 6 des 11. Armeekorps; Schwere Probantkolonne Nr. 5 des 2. Armeekorps. Ref.-Probantkolonne Nr. 21. Ref.-Fuhrparkkolonne Nr. 5 des 9. Armeekorps und 19. Ref.-Batteriekolonne Nr. 4. Sanitäts-Formationen: Sanitäts-Komp. Nr. 2 des 14. Armeekorps; Ref.-Sanitäts-Komp. Nr. 49. Bewachungskommando des Kriegsgefangenenlagers Parsim. Reserve-Befehlsamt. des 7. Armeekorps.

Die bayerische Verlustliste Nr. 253 veröffentlicht Liste Nr. 1 der in Kriegsgefangenschaft befindlichen und jetzt in der Schweiz untergebrachten bayerischen Heeresangehörigen.

Außerdem meldet sie Verluste des 1., 2., 3., 5., 6., 7., 8., 9., 10., 11., 13., 14., 15., 16., 17., 18., 19., 21., 22., 23., 24., 25. Infanterie-Regiments; Ref.-Inf.-Regimenter Nr. 1, 2, 3, 5, 6, 7, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 18, 20, 23; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 1, 2, 3, 4, 5, 7, 8, 10, 12, 15; Brigade-Grf.-Bataillon Nr. 2, 4, 7; Landsturm-Inf.-Bataillone: Ansbach, Nisingen, Passau 11; Landst.-Inf.-Grf.-Batt. Unterfranken I. 2. Schwere Reiter-Reg.; 1., 2. Mlanen-Reg. I., 10., 11., 12., 19. Feldart.-Reg.; Ref.-Feldart.-Regimenter Nr. 8, 10; Landw.-Feldart.-Reg. Nr. 6, 1., 2. Fuhrart.-Reg.; Batterien Nr. 350, 577, 616; Ref.-Fuhrart.-Regimenter Nr. 1, 3; 1. Landst.-Bataillon III. A. A. Pionier-Reg.; 1., 2., 3. Pionier-Bataillon; Pionier-Komp. Nr. 106; Minenwerfer-Komp. Nr. 1, 203, 208; Ref.-Pionier-Bataillon Nr. 4; 1. Landw.-Pionier-Komp. des 1. Armeekorps; 1. Pionier-Grf.-Komp. Armeekorps-Telegr.-Abt. 6; Fernspr.-Abt. 1 und 2; Art.-Flieger-Abt. 102. Inf.-Munitionskolonne I (Staffel 3) und Art.-Munitionskolonne 2 (11. Inf.-Div.); Sanitäts-Komp. 1 des 1. Armeekorps. Etappen-Fuhrparkkolonne 4 des 1. Armeekorps. Etappen-Strafwagenkolonne 2 (6. Armeekorps). Vermietungs-Bataillon Nr. 3. Verichtigungen.

Die sächsische Verlustliste Nr. 260 veröffentlicht Liste IV über die aus englischer Gefangenschaft zurückgekehrten sächsischen Heeresangehörigen (Austauschgefangene) und Liste V der in Kriegsgefangenschaft befindlichen und jetzt in der Schweiz untergebrachten sächsischen Heeresangehörigen. Außerdem enthält sie Verluste der Inf.-Regimenter Nr. 103, 104, 178, 181, 182, 346; Ref.-Infanterie-Regimenter Nr. 100, 102, 244; Landwehr-Infanterie-Regimenter Nr. 100, 102, 104; Grf.-Infanterie-Regimenter Nr. 23, 24, 32, 40; Jäger-Bataillon Nr. 13; Feld-Maschinengewehrzüge Nr. 98, 180, 181, 387, 390, 391; Feldart.-Regimenter Nr. 64, 68, 77, 78, 245; Ref.-Feldart.-Reg. Nr. 54; Feldart.-Grf.-Reg. Nr. 47; Fuhrart.-Reg. Nr. 19; Landst.-Bataillon (XIX. 1); Batterien Nr. 123, 201.

## Aus aller Welt.

### „Unser trocken Brot gib uns heute!“

Der evangelische Pfarrer Adolf Rappus in Dorimund preißt in der „Christlichen Freiheit“ in hohen Tönen das trockene Brot. Der Schluß seiner Predigt lautet:

„Und auch für den Frieden werden wir ein gutes Stück von dem Spartanerium brauchen können, als dessen Verkörperung Brot ohne jeden Velag gelten kann. Ja, wenn es nicht gegen die preussische Agende ginge, so möchte ich wohl im Einklang mit dem Geist Jesu in der nächsten Zeit alsomniglich beten: Unser trocken Brot gib uns heute!“

Der Herr Pfarrer gibt sich Mühe, seine Predigt vom trockenen Brot dem Volke vorzuleben, denn er erzählt: „Wenn ich des Abends beim Weine sitze, so lasse ich mir immer schon Brot dazu geben und freue mich der kopfschüttelnden Blicke der Kellner.“

Demnach scheint das neue Vaterunser auch nach der gewünschten Wenderung des Pfarrers Rappus noch nicht ganz vollständig zu sein. Die Bitte „Unser trocken Brot gib uns heute!“ möchte doch wohl den Zusatz erhalten: „Und einen guten Tröpfen dazu!“

### Ergiehung ohne Völkerei.

Aus Amsterdam wird der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ geschrieben: Ein Mitarbeiter des „Nieuwe Rotterdamchen Courant“, der seine Tochter in einer Schule in Petersburg hat, hat sie unlängst besucht und erzählt nun folgendes über die in dieser englischen Erziehungsanstalt herrschende Denkweise: „Ein Lehrer hatte einmal am Abend einen Vortrag über Brahms gehalten und deutsche Lieder gesungen. Niemand nahm Anstoß daran. Keiner der hundertfözig Schüler wurde durch entrüstete Eltern nach Hause gerufen. Und meine Tochter berichtet weiter: Als sie schon drei Wochen in der Schule war, fragten einige Mädchen im Gespräch so beiläufig, ob sie eine Deutsche sei. Die Frage bewies schon, daß sie auf die Antwort kein besonderes Gewicht legten. Im andern Falle würden die Mädchen doch die Köpfe zusammengesetzt haben, um über diese Möglichkeit, daß ein „feindliches“ Kind in der Schule sei, zu sprechen, und hätten diejenigen

